Inhalt

Vorwort 7

Mario Candeias, Lia Becker u. Christina Kaindl, Einleitung:
Am Anfang stand die Krise. Zur Theorie und Praxis von verbindender Partei und neuer Klassenpolitik 9

Marxistische Parteientheorie revisited

1. Rossana Rossanda, Klasse und Partei. Ein geschichtlicher Überblick (1975) . 48
2. Wieland Elfferding, Klassenpartei und Hegemonie (1983). 64
3. Anne Steckner, Marxistische Parteiendebatte revisited. Zur Verortung politischer Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft (2013) 91

Vom Mosaik zur verbindenden Partei

1. Hans-Jürgen Urban, Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht (2010). 114
2. Mario Candeias, Von der fragmentierten Linken zum Mosaik (2010) 123
3. Mimmo Porcaro, Partei in der Krise (2010). 135
4. Mimmo Porcaro, Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft (2012) . 140
5. Christina Kaindl u. Rainer Rilling, Eine neue »gesellschaftliche Partei«? (2011) 147

Occupy Lenin – Aufbruch und Scheitern in der Krise

1. Mimmo Porcaro, Occupy Lenin. Der heimliche Evolutionismus der Linken (2013) 160
2. Mario Candeias, Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert (2014). . . . 167
3. Mario Candeias, Ein Moment der Katharsis. Syriza und die europäische Linke (2016) 184
4. Mimmo Porcaro, Occupy Machiavelli. Zwischen verbindender und strategischer Partei (2016) 207
5. Mario Candeias, Lost in the Crowd? Gedanken zu Porcaros ›strategischer Partei‹ (2016) 215

Die »verbindende Partei« in der Partei Die Linke …

1. Lia Becker, Mario Candeias, Jan Niggemann u. Anne Steckner, Gesellschaftliche Partei/verbindende Partei (2019) 222
2. Lia Becker, Mario Candeias, Jan Niggemann u. Anne Steckner, Organische Intellektuelle; Vermittungsintellektuelle (2019). 227
3. Katja Kipping u. Bernd Riexinger, Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für Die Linke (2013) 231
4. Mario Candeias, Linksparteien – multiple Persönlichkeiten oder lebendige Organismen? (2014) 258
5. Katja Kipping u. Bernd Riexinger, Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0 (2015) 269
6. Bernd Riexinger, Ein unmoralisches Angebot. Die Linke als Partei gewerkschaftlicher Erneuerung (2016). 288

7. Mario Candeias, Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias. Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen (2018) 296

… und die neue Klassenpolitik

1. Christina Kaindl, Linke Klassenpolitik? Das Ziel: Solidarität der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen miteinander (2010) 310
2. Bernd Riexinger, Sozialistische Klassenpolitik – verbinden statt gegeneinander ausspielen (2018) 315
3. Alex Demirović, Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik (2017) 323
4. Anne Steckner, »Die Asys müssen weg!« Haustürbesuche als Strategie gegen die Spaltung (2017) 329
5. Christina Kaindl u. Sarah Nagel, … da, wo es brennt. Die Linke als organisierende Partei vor Ort (2019) 337
6. Barbara Fried, Die Linke im Einwanderungsschland. Emanzipatorische Klassenpolitik für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft (2017) 343
7. Lia Becker, New Queens on the block. Transfeminismus und neue Klassenpolitik (2018) 350
8. Mario Candeias, Linkspartei, was nun? Drei Vorschläge für eine Strategiediskussion (2019) 359
9. Alex Demirović, Gegen die Eindeutigkeit (2023) 372
10. Harald Wolf, Auf Triggerpunkten tanzen – oder: Eine verbindende Klassenpolitik ist möglich (2025) 378

Erneuerung und Neugründung angesichts der Faschisierung

1. Thomas Goes, Mit dem Gesicht zu den Menschen. 13 Gedanken zur Öffnung und Erneuerung der Linken (2023) 388
2. Marlen Borchardt u. Nam Duy Nguyen, Zeit, dass sich was dreht! (2024) . . 395
3. Susanne Lang u. Robert Maruschke, Partei im Umbruch. Herausforderungen eines strategischen Neuaufbaus der Linken (2025) 402
4. Mario Candeias, Die Linke – ein Wintermärchen. Wie es der Partei gelang, wieder in die Erfolgsspur zu kommen, und was das für ihre Reorganisation bedeutet (2025) 413
5. Lia Becker, Der Horizont eines sozialen Antifaschismus. Neoliberale Faschisierung und das Momentum der Linken (2025) 422
6. Katharina Dahme u. Sabine Ritter, Die Linke als antifaschistische Bündnispartei (2025) 437
7. Mario Candeias, Das politische Feld nach links verschieben. Bedingungen und Schwierigkeiten einer antifaschistischen Volksfront (2025) 445
8. Lia Becker, Lola Fischer-Irmler, Barbara Fried, Elisa Otzelberger, Birgit Sauer u. Alex Wischnewski, Für einen Aufstand der Töchter. Warum es einen intersektionalen Antifaschismus braucht (2025) 455

Textnachweise 464
Autor*innen 467

Vorwort

Jede Zeit, jeder Kapitalismus hat eigene Kämpfe und andere Formen, in denen sie geführt werden. Debatten um die Form einer linken, sozialistischen, gar revolutionären Partei sind Teil der gesellschaftlichen Linken seit ihrem Entstehen. Mit den Transformationen von Gesellschaften, »in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht« (Marx), stellen sich je neue Bedingungen. Für jede Periode kapitalistischer Entwicklung ist auch die Form linker Organisierung im Allgemeinen neu zu bestimmen, wie auch die jeweilige Partei »neuen Typs« (Lenin) im Besonderen (vgl. dazu den Abschnitt zur marxistischen Parteientheorie). Wie können die Verhältnisse bewegt, die Kräfteverhältnisse verschoben werden? Nach dem – unterschiedlichen – Scheitern der realsozialistischen wie sozialdemokratischen Form der (Massen-)Parteien stellen sich die Fragen neu.

In den Jahren nach der Finanzkrise 2008/9 sind an vielen Orten neue Bewegungen entstanden, haben Plätze besetzt, für »echte Demokratie« gekämpft. Mit dem neuen Bewegungszyklus wurde auch über linke Parteien neu nachgedacht. Wir, die Herausgeber*innen, im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bernd Riexinger und Katja Kipping in der Führung der Partei Die Linke haben das Konzept der »verbindenden Partei« vorgeschlagen und weiterentwickelt. Es war Leitlinie für Strategie- und Parteientwicklung und Gegenstand kontroverser Debatten, das muss auch so sein. Ein Teil der Debatten drehte sich jedoch stärker um innerparteiliche Macht und Mehrheiten. Grundlage und Konzept wurden verdeckt von Strömungskämpfen.

Dieser Band will den Blick auf das Original wieder freigeben, die Genese des Begriffs der verbindenden Partei und der verbindenden Klassenpolitik. Wir dokumentieren einige der zentralen Texte zum Konzept. Auch versuchen wir uns an einer sehr vorläufigen Bilanz der Theorie und Praxis der verbindenden Partei. Angesichts der Geschwindigkeit gesellschaftlicher Umbrüche und der Notwendigkeit strategischer Neuorientierungen keine einfache Aufgabe.

Der Band kann nur eine Auswahl bieten. Wir wollen Dopplungen von Beiträgen vermeiden, die in anderen Büchern bereits enthalten sind: Etliche Gründungstexte zur »verbindenden Klassenpolitik« finden sich in dem im Argument Verlag erschienenen Band *Klassentheorie – Vom Making und Remaking*; Aufsätze zu verbindender Partei und sozialistischer Perspektive finden sich in *Monster verstehen – Eine Chronik des Interregnums*, ebenfalls bei Argument erschienen. Zahlreiche Mitstreiter*innen diskutierten mit und/oder lieferten selbst wichtige Beiträge, die hier nicht aufgenommen werden konnten, etwa Moritz Warnke, Klaus Dörre, Jan Rehmann, Rhonda Koch, Janine Wissler, Sebastian Friedrich, Michael Brie, Raul Zelik, Markus Wissen, Hannah Schurian und viele andere mehr.

Handeln bedarf der strategischen Orientierung. Grundlage ist die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, ihrer Dynamiken und Widersprüche, die konkrete Analyse der konkreten Situation. Dabei gilt es, neben den dominierenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, stets auch die Gegentendenzen, Brüche und Widerstände in den Blick zu nehmen und ihre Potenziale einzuschätzen, um an der richtigen Stelle diese Gegenkräfte zu stärken, vorhandene Ressourcen gezielt einsetzen zu können. Es geht darum, den Zusammenhang zu denken, die komplexe und spezifische Artikulation gesellschaftlicher Verhältnisse im Moment ihrer Bewegung nicht als »fertiges Resultat« zu betrachten, sondern in ihrem »Entstehungsprozess [zu] begleiten« (Marx, MEW 1, 385).

Politische Strategie versucht, einen anderen Typ Wissen zu produzieren (im Unterschied zu akademischem Wissen im engen Sinne oder praktisch-politischem Erfahrungswissen): ein transformatives Wissen, das auf emanzipative, selbstermächtigende Praxis aus ist. Ein Format, das die Praxen von Strategiebildung, Organisierung (im Sinne einer verbindenden Klassenpolitik), der politischen Bildung und intellektuellen Formierung handlungsfähiger kollektiver Subjekte und immer wieder verbindende Linien zwischen den verschiedenen Teilen der gesellschaftlichen Linken initiiert, bearbeitet, analysiert, reflektiert und zuweilen auch organisiert. Der Nutzen einer politischen Strategie bemisst sich an der politischen Wirkung. Dazu braucht es einen langen Atem, aber »ohne Gewähr« (Stuart Hall) des Gelingens. Es geht um ein produktives Lernen aus Fehlern und Niederlagen wie aus Stärken und Erfolgen.

*Die Herausgeber*innen*

Am Anfang stand die Krise
Zur Theorie und Praxis von verbindender Partei und neuer Klassenpolitik

Mario Candeias, Lia Becker und Christina Kaindl

Am Anfang stand die Krise. Die Veränderung des Kapitalismus, die neoliberale Transnationalisierung und das Ende des Realsozialismus haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts zahlreiche traditionelle linke Klassen-Parteien in die Krise geführt. Manch starke Formationen mit großer Tradition wie die eurokommunistischen Parteien in Frankreich und Italien sind fast vollständig untergegangen. Auch die Massenparteien mit starker Verankerung in verschiedenen Teilen der Lohnabhängigen waren den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht gewachsen. Der Ab- und Umbau des Sozialstaates, der Klassenkampf von oben gegen die Gewerkschaften, der Umbau der Produktion von Industrie zu Dienstleistungen und die Diversifizierung von Milieus und Lebensführung veränderten die Klassenstruktur, auf der die Massenparteien des fordistischen Kapitalismus fußten.

Ende der linken »Massenparteien«

Die Anfänge der linken Parteien lagen im 19. Jahrhundert in einer Zeit, als die Arbeiter*innenklasse stark diversifiziert war. Der Anteil der Arbeiter*innen stieg mit der Industrialisierung am Anfang des 20. Jahrhunderts stark an. Die alten Massenparteien waren dem Zeitalter der Massenproduktion entsprungen. In den Fabriken der großen Industrie wurden Tausende von Arbeiter*innen in kooperativen Produktionsprozessen zusammengeballt. Sie wohnten oft in Arbeitersiedlungen der Fabrik oder in nahegelegenen Arbeitervierteln, wo sie auch eine gemeinsame Kultur und Lebensweise ausbildeten. Das Bild des Massenarbeiters entstand. Diese Bedingungen schufen günstige Bedingungen für die Organisierung. Es entstanden die großen Industriegewerkschaften, sozialdemokratische und später sozialistische und kommunistische Parteien konnten eine Massenbasis gewinnen. Im Fordismus nach dem Zweiten Weltkrieg wurden formalisierte und staatlich anerkannte Konfliktverhältnisse zwischen Kapital und den großen institutionalisierten Gewerkschaften erkämpft. In (West-)Deutschland haben sich nach dem Krieg (nicht parteipolitisch, sondern) branchenorientierte Einheitsgewerkschaften unter dem Dach des DGB herausbildet. Die Arbeiterbewegung fand in der Sozialdemokratie ihre politische Repräsentation. Weiter links stehende politische Organisationen sind nach dem Verbot der KPD 1956 marginalisiert worden. In Frankreich, Italien, Spanien und anderen Ländern waren die Gewerkschaften nach parteipolitischen Traditionen orga-

nisiert, sozialistisch (einige anarchistisch) und kommunistisch. Für Letztere stehen die großen Organisationen der CGT in Frankreich, der CGIL in Italien, später der CCOO in Spanien etc. Korrespondierend haben sich dort die kommunistischen Massenparteien wie die PCF und die PCI herausgebildet.

Die 1921 auf Initiative von Amadeo Bordiga, Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti u. a. gegründete Kommunistische Partei Italiens (PCI) wurde zum Symbol einer erfolgreichen Massen- als Klassenpartei, mit Anspruch auf gesellschaftliche Hegemonie. Zu ihren besten Zeiten unter Enrico Berlinguer erreichte die PCI bis zu 35 Prozent bei nationalen Parlamentswahlen und war – in einem zersplitterten Parteiensystem – ein mächtiger politischer Faktor. In zahlreichen Regionen und den größten Städten wurde die PCI zur führenden Partei.

Mit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren, dem Aufstieg des Neoliberalismus in den 1980ern und dem Ende des Realsozialismus ab 1989 gerieten linke Parteien überall in die Krise.

Bereits Mitte der 1970er Jahre wurde in den undogmatischen marxistischen, sozialistischen und (euro-)kommunistischen Debatten die »Krise der Parteiform« ausgerufen und diskutiert. Mit der »neoliberalen Gegen-Revolution« (Harvey 2005) vertiefte sich diese Krise. Die neuen Steuerungsformen in den Betrieben wie die Kleingruppenkonkurrenz und Toyotismus sollten die Kampffähigkeit der Beschäftigten schwächen. Die Transnationalisierung der Produktion setzte die Beschäftigten global in Konkurrenz. Der Klassenkampf »von oben« fand somit neue Möglichkeiten, während der Aufbau von Klassenmacht »von unten« im Rahmen des Nationalstaates erschwert wurde. Das Kapital war kaum noch zu sozialen Kompromissen bereit, während die organisierte Klassenmacht erodierte. Die (in den unterschiedlichen Ländern verschieden ausgeprägte) Entdemokratisierung des Staates und der Arbeitswelt entzog so auch klassenorientierten sozialdemokratischen Ansätzen, dem klassischen »Reformismus«, zunehmend den Boden.

Die PCI beantwortete die Krise zunächst mit einer schleichenden und schließlich offenen Sozialdemokratisierung und nannte sich schließlich in Partito Democratico della Sinistra (kurz PDS; deutsch: »Demokratische Linkspartei«) um. Damit begann der lange Weg in die Bedeutungslosigkeit. Lucio Magri hat die widersprüchliche und dramatische Geschichte dieses Niedergangs in seinem Buch *Der Schneider von Ulm. Eine mögliche Geschichte der KPI* analysiert.

Gegen diese Entwicklung gab es frühe Versuche der Neugründung. So spaltete sich 1991 das Movimento per la Rifondazione Comunista (»Bewegung für die kommunistische Neugründung«) ab, aus dem etwas später die Partito della Rifondazione Comunista (PRC) unter Führung Sergio Garavinis und Fausto Bertinottis hervorging. Dieser Partei schlossen sich rund zehn Prozent der Mitglieder der alten PCI an. Die kommunistische Neugründung sollte auch der neuen gesellschaftlichen Lage Rechnung tragen: Sie sollte sich stärker auf die prekarisierten Teile der Arbeiter*innenklasse beziehen. Die

hatte es in Italien immer gegeben, mit den neoliberalen Reformen waren sie stark angewachsen. Zugleich sollte der Graben überbrückt werden, der die Partei seit 1968 von der radikalen Linken und den sozialen Bewegungen getrennt hatte.

In den 1970er Jahren waren Neue Soziale Bewegungen entstanden und hatten die Bedingungen für sozialistische Politik grundlegend verändert. Sie standen nicht (immer) im Gegensatz zur alten Arbeiter*innenbewegung, aber Organisationsformen und das Verhältnis zur Repräsentation waren grundlegend anders. Das »Subjekt« der kommunistischen und sozialistischen Parteien, die Arbeiter*innenklasse, hatte sich neu zusammengesetzt und stand zugleich in Frage: Wie verhielt es sich zur feministischen, zur antiautoritären Bewegung, zur Autonomia? Das Verhältnis von Partei und fragmentiertem Klassensubjekt(en) musste neu bestimmt werden. Es dauerte lange, bis dieses Verständnis für linke Parteien prägend wurde.

Rifondazione, wie die Partei in Kurzform auch genannt wurde, wurde ein integraler Teil der entstehenden globalisierungskritischen Bewegung in Italien und sah sich als ihr Repräsentant im Sinne eines neuen Internationalismus und der Alter-Globalisierung. Die Partei organisierte maßgeblich das erste Europäische Sozialforum mit und war beteiligt an der Organisation der Weltsozialforen. Politisch zielte sie nicht mehr auf die »Eroberung der Staatsmacht« durch eine »die Massen« vertretende Avantgarde, sondern auf ein breites Bündnis pluralistischer Bewegungen für Gesellschaftsalternativen. Entsprechend öffnete sich die Partei für nicht-marxistische, emanzipative Richtungen wie Feminismus, Antirassismus und Ökologiebewegung. Sie wurde von einer großen Massen- und Klassenpartei zu einer kleinen, aber aktiven Netzwerk- und Bewegungspartei. In dieser Zeit galt sie vielen als vorbildhaft für die neue Zeit der Globalisierung und Transnationalisierung und den damit verbundenen neuen Bewegungs- und Kampfzyklus.

Das Konzept der verbindenden Partei und die Krise der Erneuerung

Die PRC verfolgte eine plurale Bündnis-Orientierung, die der Heterogenität und Eigenständigkeit sozialer Kämpfe und ihrer Akteur*innen Rechnung trug und ihre Bedeutung für linke Politik anerkannte. Dieser Ansatz ist wegweisend für die pluralen Linksparteien in unterschiedlichen Ländern gewesen und hat ermöglicht, dass die Parteiform der sozialistischen Parteien erneuert werden konnte. Mimmo Porcaro, einflussreicher Vordenker der PRC, entwickelte in kritischer Auseinandersetzung mit der Praxis und den Erfahrungen der Partei das Konzept der *partito connettivo* (verbindende Partei). Es reflektierte das »Neue« von PRC wie seine folgende Krise. Der Ansatz der verbindenden Partei »sollte die Vorstellung der klassischen Massenpartei überwinden« (Porcaro 2010, 72) und die Pluralität der gesellschaftlichen Linken zur Ausgangsbasis für eine Erneuerung der Parteiform und -strategie machen. Die verbindende Partei ist »die Vereinigung der

unterschiedlichen (politischen) Subjekte in Formen, die die bestehenden Unterschiede nicht beseitigen wollen« (73), sondern sie vielmehr in einer gesellschaftlichen Partei (Gramsci) neuen Typs verbinden.

Porcaro wollte Gramscis Parteibegriff und die Tradition der PCI wiederbeleben. Gramsci hatte zwischen der Partei im engen Sinne und der gesellschaftlichen Partei unterschieden (vgl. *Gramsci lesen*, Stichwort »Partei«). Gramsci fasst gesellschaftliche und politische Akteure als »Partei« – im weiten Sinne. Er sieht sie als gemeinsame Strömung, die Verdichtungen und (Gegen-)Hegemonien herstellen können (Kaindl/Rilling 2011 in diesem Band). Selbst ausgesprochene »Anti-Parteien« wie autonome Bewegungen können dazugehören (Gramsci 1991, 1715).

Die Partei im engen Sinne wird nicht über den Parlamentsapparat bestimmt, der die sozialdemokratische Parteiform und die zentralistisch geführte Kaderorganisation dominiert hatte (auch wenn Gramsci Elemente des Lenin'schen Parteiverständnisses übernahm und weiterentwickelte). Ihre Aufgabe ist der Kampf um Hegemonie: an der aktiven sozialen, politischen und kulturellen Organisierung von Macht der lohnabhängigen Klasse zu arbeiten, durch Bündnisse der unterschiedlichen Teile der Arbeiter*innen und der Bauern. Gramscis Partei im engeren Sinn orientiert darüber hinaus auf das Ziel sozialistischer und demokratisierender Transformation. Ausgehend von den Kämpfen – zu Gramscis Zeit die Rätebewegung in Italien und später der Kampf gegen die faschistische Diktatur – soll sie konkrete Alternativen für eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung entwickeln und popularisieren. Sie soll politische Führung durch Lernprozesse demokratisieren (vgl. Castro Varela/Niggemann u. a. 2024).

Eine »Intellektualisierung der Massen« ermöglicht es, eine andere Form der Politik zu entwickeln als liberal-demokratische und sozialdemokratische Parteien: Auch bürgerliche Parteien wollen Hegemonie organisieren und binden die Beherrschten in den Staat ein (bei Gramsci zusammengedacht als Herrschaftsorganisation über den Regierungsapparat und ideologische Felder der Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Kultur). Durch begrenzte soziale Zugeständnisse und ihre staatliche Verwaltung, durch eine Kombination von (populistischer) Mobilisierung, Passivierung und Zwang kann sich kapitalistische Herrschaft von innen erneuern. Dieser bürgerlichen Rationalität der Politik sollte – so Gramsci – die kollektiv neu hervorzubringende Form der kommunistischen Partei eine andere, historisch neue Form der Politik entgegensetzen (vgl. Demirović 1997). Diese soll von den Kämpfen der Subalternen ausgehen, von den beherrschten und enteigneten Klassen und Gruppen. Der Kampf um eine neue Hegemonie umfasst auch den Kampf um eine neue Kultur, Lebensweise und politische Ethik. Es geht auch um neue Formen der Kooperation, die sich an dem Ziel orientieren, dass die Regierten selbst zum Regieren befähigt werden – im Sinne der demokratischen Umgestaltung von Arbeit, Staat und allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie sollen die Unterscheidung von Führenden und Geführten radikal verändern und Herrschaft

so überwinden. In einem Lenin zugeschriebenen Bild: Die Köchin soll in die Lage versetzt werden, den (veränderten) »Staat« zu lenken (vgl. Haug 2010).

Während der zweiten Regierungsperiode des Rechtspopulisten Silvio Berlusconi ab 2001 erstarkten in Italien auch die Gegenbewegungen. Überall entstanden »Sozialzentren« (Centri sociali), die von der PRC engagiert unterstützt wurden, ohne dabei Entscheidungsmacht zu beanspruchen. Dieses kooperative Verhalten brachte ihr starke Sympathien ein. Die massenhaften Proteste der Globalisierungsgegner gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 wurden für die PRC zum Signal des Aufbruchs. Auch in den Gewerkschaften wurden kämpferische Haltungen gestärkt.

Nach einer ersten Tolerierung einer Regierung des Mitte-links-Bündnisses L'Ulivo unter Romano Prodi von 1996–98 kam es im Jahr 2005 erneut zu einem Mitte-links-Bündnis, um eine dritte Amtszeit Berlusconis zu verhindern. Das gemeinsame Wahlbündnis L'Unione gewann die Wahlen, und diesmal trat die PRC in die Regierung ein. Der Deregulierungs- und Kürzungspolitik des Regierungsbündnisses auf Kosten der unteren Teile der Arbeiter*innenklasse und der Prekarisierten konnte die PRC aber wenig entgegensetzen.

2008 trat Romano Prodi als Ministerpräsident zurück, das Parlament löste sich auf. Auch das Bündnis L'Unione löste sich faktisch auf. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen trat die PRC mit einem linken Bündnis kleinerer Parteien unter dem Namen La Sinistra – L'Arcobaleno an. Es scheiterte mit gut drei Prozent an der Sperrklausel. Seither ist die Linke in Italien völlig zersplittert und schafft es nur periodisch, bei Wahlen kleine Erfolge zu erzielen, ohne stabile Strukturen auszubilden.

Das Scheitern lag nicht »nur« an einer falschen Strategie in der Frage der Regierungsbeteiligung. Verantwortlich für das Scheitern von RFC war auch eine schwache Verankerung in der Bevölkerung. Mimmo Porcaro kritisierte, dass die Partei die gute Verankerung in und die aktive Beziehung mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen verwechselte mit einem »Ausdruck der Bevölkerung« und einer Verankerung in der Klasse. Die »Bewegungspartei« verlor in der Regierung die Unterstützung ebendieser Bewegungen und hatte selbst kaum eine lebendige Beziehung zu einer sich verändernden Arbeiter*innenklasse aufgebaut (vgl. Porcaro 2010 u. 2012).

Mit der Verallgemeinerung des Neoliberalismus durch sozialdemokratisch geführte Regierungen – in den USA, UK, in Deutschland und eben Italien und anderen Ländern – wurden viele Elemente der Kritik und des Widerstands am fordistischen Kapitalismus (Fabrikdisziplin, autoritäre Arbeits-, Lebens- und Familienverhältnisse) von oben »entwendet« und ins neoliberale Projekt integriert. So wurde der Aufbau von Klassen- und Gegenmacht verhindert. Gramsci nannte eine solche Einbindung von oben »Trasformismo« oder »passive Revolution« (vgl. *Gramsci lesen*, Stichwort Passive Revolution). Die Form der »Bewegungspartei« und die Strategie der Unterordnung der linken Partei unter ein Reformbündnis, das genau diesen *Trasformismo* vorantreibt, konnten keine angemessene Antwort darauf

formulieren. Der Anspruch erfolgreicher »kommunistischer« Erneuerung blieb so bereits im Ansatz blockiert.

Nach Ausbruch der großen Krise ab 2009 (Candeias/Rilling 2009; *LuXemburg* 1/2009[1]) und der damit verbundenen Staatsschuldenkrise begann ab 2011 mit der Bewegung der Platzbesetzungen, der Arabellion, den Indignados, Occupy Wall Street u. a. ein neuer Bewegungszyklus, in dem u. a. neue Verhältnisse von institutionalisierter und Bewegungspolitik und schließlich auch von neuer Klassenpolitik gedacht und erprobt wurden (vgl. Abschnitt »Occupy Lenin« in diesem Band oder Candeias 2013). Ein Laboratorium der »verbindenden Partei« gewissermaßen (ausführlich im Buch Candeias/Völpel 2014). In vielen europäischen Ländern gründeten sich neue Parteien als plurale linke Parteien. Die Linke in Deutschland, entstanden aus den Protesten gegen die Austeritätspolitik der Agenda 2010, war eine der ersten. Aus den Protesten gegen die Finanzkrise und die darauffolgende Austeritätspolitik von 2008ff. entstanden weitere plurale Linksparteien wie Syriza, Podemos oder Izquierda Unida.

Die »neuen Linksparteien«, die bisher wirkmächtigste Antwort auf die Krise der linken Parteiform, stießen an die soliden Institutionen der Macht im neoliberalen, entdemokratisierten Staat und in der EU. Vor allem die schwere Niederlage Syrizas nach dem erfolgreichen OXI-Referendum gegen das Diktat der Troika und dem darauffolgenden Coup der Institutionen löste einen Moment des Nachdenkens und strategischen Neujustierens innerhalb der Linken in Europa aus (vgl. *LuXemburg* Spezial 2015, Candeias 2016). Ohne organisierte Klassenmacht und neue Formen der solidarischen Gegenmacht in der Gesellschaft lässt sich diese Krise nicht überwinden. Die praktischen Experimente der Erneuerung linker Parteiform(en) standen gewissermaßen auf dem Kopf statt auf den Füßen. Sie sind damit keineswegs wertlos.

Im Rückblick zeigt sich eine Schwäche der frühen Ansätze der Neuformierung: Es gab in den 1990er, 2000er und 2010er Jahren viele Diskussionsansätze, wie linke Politik im neoliberalen Kapitalismus und angesichts der Krise des sozialdemokratischen Reformismus aussehen könnte, aber es bildete sich keine klare und geteilte Strategie für den veränderten »Stellungskrieg« (Gramsci) um den Staat. In Konflikten um die Frage von Regierungsbeteiligungen bündeln sich die unterschiedlichen Ansätze. Im Rückblick zeigt sich: Ohne Machtaufbau von unten droht eine faktische Integration in den neoliberalen Staat oder ein Scheitern in der Regierungsarbeit, was die Bemühungen um gesellschaftliche Verankerung von Widerstand und linken Alternativen zurückwirft. Bei der Neuformierung der Linken ging es daher immer auch um die Bestimmung von Prioritäten. Eine Lehre aus dem Scheitern ist eine Strategie, die den geduldigen Aufbau von Macht gegenüber vorschneller Regierungsorientierung priorisiert.

1 *LuXemburg*, H. 1, 2009: In der Krise, api.zeitschrift-luxemburg.de/uploads/LUXEMBURG_1_2009_c1306a0176.pdf

Porcaro kritisierte früh die Annahme, »die gesellschaftliche Veränderung bestehe in fortschreitendem und linearem Anwachsen einer Bewegung, die nach und nach dem Staat (und dem Kapital) Ressourcen entzieht und sie der Gesellschaft zuführt« (Porcaro 2011, 73). »Die Herstellung einer gegenhegemonialen Bewegung kann nicht als additiver Prozess gelingen« (Kaindl/Rilling 2012, 26) oder durch Kooperation von in sich vermeintlich abgeschlossenen Organisationen von Fall zu Fall (Candeias 2012). Es bedarf der kollektiven Führung, um qualitative Sprünge und effektive Brüche zu erzeugen, andernfalls verpufft Initiative oder droht sektiererisch oder reaktionär abzudriften. Es gibt jedoch keinen privilegierten Ort der Führung mehr – wer *führ*t, also in den Kämpfen um den Staat und den Prozessen der Klassenformierung und Bildung von Hegemonie wirksam Orientierung geben kann, muss für das jeweils spezifische Momentum neu definiert werden (ausführlich in den Beiträgen im dritten Abschnitt des Buches). Das führt zu zwei großen Herausforderungen: Kollektive und zugleich flexiblere Formen der Führung (als in den alten kommunistischen Kader-Parteien) erfordern Lernprozesse und die Verbreiterung von strategischem Wissen (Organisationsprozesse, politische Theorie und Strategie). Zudem braucht es Formen der demokratisch organisierten Verbindung und Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteur*innen.

Krise der Linken und ein neues Verhältnis von Partei, Bewegung und Klasse

Im Folgenden soll mit Blick auf die Partei Die Linke der Versuch einer Bilanz und eines Weiterdenkens unternommen werden. Auch die gesellschaftliche Linke in Deutschland sowie die globalisierungskritische Bewegung bezogen sich auf Rifondazione als Vorbild für ein neues Verhältnis von Partei und Bewegung. Der rasante Niedergang dieser Partei löste zahlreiche Fragen aus. Wie konnte es dazu kommen? Waren die falschen Lehren aus dem Verfall der PCI und den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen gezogen worden? Freilich begann auch der Stern der globalisierungskritischen Bewegung zu sinken, der mit der neoliberalen Globalisierung begonnene Bewegungszyklus schien an sein Ende zu kommen. In Deutschland hatte sich dieser u. a. in der Gründung von Attac und der aus radikaleren linken Bewegungsgruppen organisierten Mobilisierung gegen den G7-Gipfel gezeigt. Insgesamt blieb die Anti-Globalisierungsbewegung jedoch hinter der Dynamik in anderen Ländern zurück. Sie war eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer Revitalisierung anti-neoliberaler und sozialistischer Kräfte, aber eben noch nicht deren Neugründung. Diese gelang erst im Zuge der Widerstandsbewegung gegen die Agenda 2010.

Deutschland war Vorreiter in der Austeritätspolitik, auch wenn der Name noch neu war. Wie in den USA und Großbritannien begab sich die rot-grüne Regierung in Deutschland auf einen Pfad der neoliberalen Modernisierung:

Abbau des Sozialstaates, Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen, Ausgabenbremse in der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Umstellung auf ein Workfare-Regime standen im Mittelpunkt. Die Gewerkschaften waren nur begrenzt handlungsfähig, weil ihre traditionellen Strategien durch die Globalisierung in die Defensive geraten waren (vgl. Riexinger/Sauerborn 2004). Und weil sie auf die Angriffe aus der SPD-Regierung keine Antwort fanden. In dieser Situation entstand Die Linke.

In Deutschland ist es im Jahr 2007 erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gelungen, aus der PDS im Osten, Linkssozialdemokrat*innen, die den Kurs der SPD[2] (Agenda 2010 und Krieg in Jugoslawien) nicht länger mittragen wollten und die WASG gründeten, sowie einer Vielzahl von linken, feministischen, antirassistischen und linksradikalen Gruppen eine starke gesamtdeutsche Linke zu formieren. Die Linke galt zu dieser Zeit europaweit als Vorbild einer modernen pluralen Linkspartei. Die gelungene Vereinigung der unterschiedlichen (Mosaik-)Teile der gesellschaftlichen Linken in Deutschland ging nur begrenzt mit einem gemeinsamen Parteiverständnis einher; unterschiedliche Parteiverständnisse standen unverbunden nebeneinander. In Zeiten des Aufschwungs der Partei war dies kein Problem – im Zeichen der Finanzkrise konnte sie bei der Bundestagswahl 2009 11,9 Prozent der Stimmen gewinnen.

Bis die verschiedenen Fraktionen und Traditionslinien (damals noch stark von einem Ost-West-Denken und den Reformer*innen um Dietmar Bartsch gegen die Westlinke um Oskar Lafontaine strukturiert) versuchten, ihren Einfluss zu verbreiten. Diese Streitigkeiten erreichten auch die Basis und die Kreisverbände. Ab 2010 geriet die Partei angesichts erster Wahlniederlagen und tiefer strategischer Differenzen in der Führung in innere Kämpfe und Turbulenzen. Diese steigerten sich bis zum Göttinger Parteitag 2012 zu einer Existenzkrise der Partei. In Umfragen war Die Linke auf fünf bis sechs Prozent gefallen. In dieser Situation wurden überraschend zwei Vorsitzende gewählt, Bernd Riexinger und Katja Kipping, die es sich zur Aufgabe machten, die Partei zu stabilisieren, ihre Aufgabe und Rolle zu klären und ihr eine Konzeption einer Partei neuen Typs für die konkrete gesellschaftliche Periode zu geben.

Zu Beginn der Überlegungen um eine neue Konzeption des Verhältnisses von Partei, Bewegung und Klasse stand tatsächlich auch die einschneidende italienische Erfahrung. Der überproduktive Begriff der Mosaiklinken, geprägt von Hans-Jürgen Urban (2009 u. 2010; Candeias 2010; *LuXemburg* 1/2010[3]), schien zu unbestimmt für die Rolle der Partei, unklar auch, wie

2 Auch die SPD als Massen- im Sinne einer Volkspartei geriet im Zuge der von ihr selbst vorangetriebenen Verallgemeinerung des Neoliberalismus in die Krise und verliert seither mehr und mehr an Potenzial, transformiert sich zu einer professionalisierten Wahl- und Funktionspartei (für Regierungen).

3 *LuXemburg*, H. 1, 2010: Für ein linkes Mosaik, api.zeitschrift-luxemburg.de/uploads/LUXEMBURG_10_01_Gesamt_Komp_cd85cb8e35.pdf

eigentlich die sehr unterschiedlichen Mosaikteile zu einer Verbindung kommen. Im deutschen Kontext konnte eine erneuerte sozialistische Strategie im Kampf um Hegemonie nicht einfach auf ein Organisationsbündnis von Linkspartei, Gewerkschaftsbund und versprengten Bewegungsakteur*innen setzen (vgl. Kaindl/Becker 2009). Der bereits erwähnte italienische Parteiintellektuelle Mimmo Porcaro war 2012 als Fellow ans Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen. In diesem Kontext wurden Begriff und Konzept einer »verbindenden Partei« (Porcaro 2010) gemeinsam weiterentwickelt (vgl. diverse Texte in diesem Band etwa von Kaindl/Rilling 2012 oder Candeias 2013; Candeias/Völpel 2016).

Teile dieser Debatten und konkreten Erfahrungen aus Italien, Spanien, den USA und andernorts flossen ein, als schließlich die »verbindende Partei« – nicht zuletzt auf Initiative von Christina Kaindl[4] – zur Konzeption für die Partei vorgeschlagen wurde. Die programmatische Grundlegung findet sich in der Schrift »Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für Die Linke« von Bernd Riexinger und Katja Kipping (2013, in diesem Band). Als zentrale Aufgabe wird darin formuliert, die Partei stärker gesellschaftlich zu verankern, sie zu verbreitern und unterschiedliche Klassensegmente und die engagierte gesellschaftliche Linke zu verbinden. Besonders geht es einerseits um »Menschen, die ›aus der Repräsentation gefallen‹ sind: diejenigen, die besonders von der Ausgrenzungspolitik der Agenda 2010 betroffen sind: Menschen im Niedriglohnbereich, Prekäre, Armutsgefährdete. Sie sind in den letzten Jahren systematisch von der Teilnahme an Wahlen entmutigt worden. […] Und es betrifft andererseits die vielen Beschäftigten, die in den Mühlen der neuen Arbeitsregime spüren, dass es so nicht weitergehen kann: mit dem Stress von erhöhter Bandgeschwindigkeit und flexiblen Schichtsystemen, in der prekären Selbständigkeit, mit der Aushöhlung von öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Weil viele sich von der Politik abgewandt haben, müssen hier (auch) neue Formen von Kommunikation und Kooperation gefunden werden. Von hier aus ergeben sich neue Anforderungen an Strategie, Kampagnenbildung und Kommunikation. Die Aufgabe der Linken ist auch, die Interessen dieser Gruppen so aufzugreifen, dass gemeinsame Ziele und eine gemeinsame politische Praxis entwickelt und so die gesellschaftlichen Spaltungen und Entmächtigungen bearbeitet werden können.« (Ebd.) Andererseits ging es um die aktive Verankerung der Partei in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie deren stärkere Verbindung.

»Wie erreichen wir jene, die von Politik nichts mehr erwarten und auch keine schlauen Transformationstexte lesen? Hier gilt es noch einen Schritt weiter zu gehen und Ansätze eines *Transformative Organizing* experimentell zu entwickeln und solches Wissen systematisch aufzubereiten. Also dort

4 Christina Kaindl war 2012 vom IfG ins Karl-Liebknecht-Haus, die Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke gewechselt und hatte dort die Leitung des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen übernommen.

hingehen, wo die Abgeschriebenen sind, eine aufsuchende Praxis, die in sozialen Brennpunkten beginnen könnte – in der Perspektive, aus diesen Erfahrungen heraus systematisch und massenhaft Transformative Organizer auszubilden, eine Bewegungsschule für Vermittlungsintellektuelle, wenn man so will.« (Candeias 2016 in diesem Band) Oder kurz: mehr werden und Möglichkeit schaffen, dass die Vielen selbst zu Führenden werden (vgl. zu Methoden von 1-zu-1-Gesprächen und linkem Organizing z. B. Maruschke 2019).[5]

Dabei reicht eine Verbindung der aktiven Teile der Bevölkerung und allerlei linker Organisationen und Bewegungen nicht aus. Entscheidend ist, über die Gruppe der »üblichen Verdächtigen« der politisch Engagierten die Partei in den verschiedenen Teilen der Arbeiter*innenklasse (wieder) zu verankern (Candeias 2016).

»Der Erfahrung von Machtlosigkeit, in der viele Menschen sich nur noch als Spielball ›fremder Mächte‹ erleben, wollen wir die Erfahrung entgegensetzen, dass sich nicht durch Ausgrenzung der Schwächsten, sondern nur durch Solidarität und gemeinsamen Kampf die eigene Lage verbessert«, so Kipping und Riexinger (2013). Die Strategie zielte darauf ab, »nicht nur zu und mit den Menschen zu sprechen und ihren Erfahrungen eine Stimme zu geben, sondern auch die Erfahrung zu ermöglichen, dass die Verhältnisse zum Besseren verändert werden können. Wenn wir es selber tun.« (Kaindl/Nagel 2019 in diesem Band) Ganz im Sinne eines Transformative Organizing (vgl. z. B. Williams 2013).

Die Klassenfrage rückte in den Mittelpunkt. Auch in der gesellschaftlichen Debatte trat sie aus ihrem Schattendasein, wurde aber eher mit rechtem Protest assoziiert. Das von links angezielte »Mitte-unten-Bündnis« (Brie 2007, 273), so ein wichtiger Ansatz aus der Strategie der PDS, war zu sehr von den formal höher qualifizierten, eher progressiven städtischen Milieus und Klassenfraktionen geprägt – kaum verankert dagegen bei den sogenannten popularen Klassen, in der »bedrohten Mitte« und unter den Prekarisierten. Eine »neue Klassenpolitik« (Riexinger 2018) war gefragt.[6] Angesichts der permanenten Veränderung der Klasse und ihrer Fragmentierung konnte es jedoch nicht um eine einfache Anrufung der »Arbeiterklasse« gehen. Es brauchte vielmehr eine »verbindende Klassenpolitik«, die die Vielfältigkeit der Klasse und ihrer unterschiedlichen Interessen und Differenzen als Ausgangspunkt wählt, um aktiv das Gemeinsame zu schaffen (Candeias 2017). Statt die Fragen der Selbstbestimmung dem *Trasformismo* des Neoliberalis-

5 Robert Maruschke, geschulter Community-Organizer, wurde von Kaindl ebenfalls ins Team der Parteizentrale geholt und übernahm dort den systematischen Aufbau und die Trainings für Haustürgespräche und -wahlkämpfe.

6 Der Begriff der Klassenpolitik geht zurück auf Friedrich Engels, der bemerkte, dass »jede wirkliche proletarische Partei, von den englischen Chartisten an, immer die Klassenpolitik, die Organisation des Proletariats als selbständige politische Partei, als erste Bedingung« verfolgt (Zur Wohnungsfrage, 1872/73).

mus zu überlassen und statt »Arbeiter*innen« nur die industriellen (männlichen) Massenarbeiter zu sehen, sollten die Vielfalt und die neue Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse als Ausgangspunkt betrachtet und die Kämpfe gegen Unterdrückung in Arbeit und Gesellschaft verbunden werden. Die Menschen werden vom Kapitalismus zerlegt in »private« und »arbeitende«; verbindende Klassenpolitik will diese Spaltungen überwinden und zeigen, wo überall der Klassenkampf von oben wirkt.

Eine verbindende Klassenpolitik kann helfen, a) einen klaren Gegnerbezug zu formulieren, zu den führenden Klassen »oben« und gegen die radikale Rechte.

Sie kann b) die soziale Frage schärfer, eben klassenorientiert, von der allgemeinen (sozialdemokratischen) Rede von sozialer Gerechtigkeit scheiden und zuspitzen. Sie kann die Klassenfrage aus ihrer Fixierung auf die alte, oft männlich geprägte Arbeiterklasse lösen und zu einer feministischen und gegen geschlechtliche Normierungen gerichteten (queeren), ökologischen Klassenpolitik, zu einem klassenbewussten Antirassismus weiterentwickeln; zugleich kann sie so auch diese Bewegungen klarer links profilieren.

Sie kann c) den falschen Gegensatz zwischen sozialer Frage und (vermeintlicher) Identitätspolitik überwinden. Feminismus und die sozial-ökologische Frage sind nicht nur etwas für »die Elite« – es sind auch Klassenfragen.

Und es müssen dabei d) Projekte und Praxen entwickelt werden, die über die üblichen Verdächtigen hinausreichen und gerade auch das »Unten« – mit oder ohne migrantischen Hintergrund – erfassen, von diesem selbst getragen werden. Es geht um jene formal weniger qualifizierten, prekarisierten, in benachteiligten Vierteln konzentrierten Teile der Klasse, die sich in der Regel weniger organisieren und seltener zur Wahl gehen. Hier gilt es, mit aufsuchender Arbeit (links-emanzipativer Organisationen) Ausgrenzungen durch räumliche Segregation, Klassifikationen und Respektabilitätsgrenzen zu überwinden, einfache Dinge zu tun, die so schwer erscheinen, wie an ›deren‹ Haustüren zu klingeln, zuzuhören, ins Gespräch zu kommen, gemeinsam in die konkrete Arbeit der Organisierung zu treten. Diese Praxen sind der »Lackmustest« einer verbindenden Klassenpolitik. Auf diese Weise könnte die neue Klassenpolitik als eine Art »verbindender Antagonismus« wirken (Candeias 2017), der unterschiedliche Gruppen, Klassensegmente und Bewegungen, quer zu den unterschiedlichen Themen und Politikfeldern, konfliktorientiert gegen die herrschende Klasse – und gegenüber konkreten, strategisch bestimmten Gegnern (wie z. B. BDA, Union und AfD heute) – zusammenführt, ohne die Differenzen zwischen den verschiedenen Teilen der Klasse zu negieren.

Entsprechend sollte in allen Politikfeldern ein klassenpolitisches Herangehen gesucht und verbindende Einstiegsprojekte (Brangsch 2004) formuliert werden. Auch im Institut für Gesellschaftsanalyse wurden bspw. konkrete Einstiege in den Bereichen der sozial-ökologischen Transformation von Energie, Mobilität und Industrie, zum Ausbau und der Organisierung in den sozialen Infrastrukturen, des Aufbaus und der Stärkung von Netz-

werken linker Gewerkschafter*innen, zur Mieten- und Pflegepolitik etc. entwickelt. Frühzeitig (schon 2007ff.) wurden Erfahrungen und Methoden des Organizing in prekären Branchen, des *Canvassing* (Haustürgespräche) und *Community Organizing* sowie der Demokratisierung und Organisierung von Gewerkschaftsarbeit und sozialen Bewegungen (bspw. *Organizing for Power*) analysiert und versucht, sie in Bildungsarbeit und Pilotprojekte für die Partei zu übersetzen (Candeias/Fried 2021).

Die Partei hatte sich zum Ziel gesetzt, kampagnenfähiger zu werden. Kampagnen sollten auch einen leichteren Einstieg in aktive Politik bieten und die Kultur der Parteipolitik erweitern. Die gesellschaftliche Spaltung in Produktion und Dienstleitung, Prekäre und Kernbelegschaften sollte durchkreuzt werden. Im Mittelpunkt standen die Fragen: Auf welchen Feldern treffen sich die Arbeitsbedingungen mit der Lebensrealität vieler Menschen? Was sind gesellschaftliche Orte, an denen die (neue) Arbeiter*innenklasse angesprochen werden kann, ohne dass Die Linke originär gewerkschaftliche Aufgaben übernimmt? Wo gibt es bereits Bereitschaft, die eigenen Kämpfe mit gesellschaftlichen Fragen zu verbinden? Zunächst wurden in Anbetracht der Veränderung der Klasse das Thema Prekarisierung sowie Pflege und Erziehung ins Zentrum gerückt. Die Orte der avanciertesten Kämpfe hatten sich verschoben: »Die Streikbewegungen folgen der veränderten Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse. Sie verschieben sich in den Dienstleistungssektor, erfassen nach und nach Branchen, die neu entstanden oder stark gewachsen sind, ihre Akteure werden weiblicher und migrantischer. Sie widerlegen, dass sich klassische Büroangestellte oder prekär Beschäftigte nicht organisieren und kämpfen können.« (Riexinger 2018, 118) Beschäftigte in Branchen wie Handel oder Erziehung wurden gezielt adressiert. Strategieratschläge in aktiven Streikbewegungen (Handel, Kitas, Krankenhäuser) haben die Verankerung bei den aktiven Beschäftigten gestärkt und sollten der Verallgemeinerung von Strategien und Taktiken in den Streiks dienen; hier konnten Erfahrungen aus der Stuttgarter Streikbewegung genutzt werden (Riexinger 2013). Nicht zuletzt die direkte und langjährige Unterstützung der Auseinandersetzungen in den Kitas brachte auch eine stärkere Unterstützung der Partei unter Erzieher*innen mit sich (Candeias 2024).

Die ersten Schritte in Richtung von Kampagnenfähigkeit und organisierender Klassenpolitik erbrachten gemischte Erfahrungen: Es fehlten Ressourcen, das Know-how musste mühsam erarbeitet werden. Auch eine plurale Linkspartei mit um die 60 000 Mitgliedern ist ein Tanker, der sich nicht ruckhaft umsteuern lässt. Die Linke hat zwei große Kampagnen aufgesetzt: Zunächst »Pflegenotstand stoppen!« (»Menschen vor Profite«), in der die Interessen der Beschäftigten mit denen der breiten Bevölkerung an guter Versorgung verbunden wurden. Dann eine zweite für einen Mietendeckel, die die Verankerung in den Nachbarschaften stärken sollte. Eine Reihe von Kampagnenzielen wurden erreicht: Aktivierung der Kreisverbände, Verbreiterung der Forderung und, zusammen mit der Krankenhausbewegung und ver.di, Veranke-

rung in Programmen anderer Parteien und im Koalitionsvertrag. Die Linke erreichte eine stärkere Erkennbarkeit bei Fragen von Gesundheit, Pflege und Mietenpolitik, die Wähler*innen nahmen diese Themen stärker als »Zuständigkeit« der Linken wahr. Die Verbindungen von Partei und Krankenhausbewegung bzw. der Mieter*innenbewegung haben sich gegenseitig gestärkt.

Aus den Kampagnen konnte gelernt werden, welche Konflikte produktiv geführt und entwickelt werden könnten – und dass sie zugespitzt und in der Zahl begrenzt sein müssten. Sie sollten an Alltagsbedürfnissen ansetzen, auf unmittelbare Verbesserungen für die Einzelnen zielen und eine Dynamik für nächste Schritte sowie weitergehende Perspektiven für radikale Verschiebungen schaffen. Dies schließt disruptive Praktiken wie Ungehorsam, Streik, Besetzung, Blockade, auch Volksentscheide ein. Selbstermächtigung, eine breite Basis und ein langer Atem sind zentral für eine Erweiterung des Möglichkeitsraums. Dass Konflikte Spaß machen können, sieht man schon im Kleinen bei den Stadtteilorganisierungen, wenn eine Kampagne vor Ort fruchtet, sich mit anderen verbindet, die Aktiven sich als Teil von etwas Größerem fühlen. Die organisierende Arbeit – verbinden, verbreitern, verankern – ist zentral, um mehr zu werden. Hinzu kommt, dass Kampagnen auch für die attraktiv sind, die selbst nicht aktiv werden wollen oder können: Sie sehen, hier legt sich jemand für uns mit den mächtigen Interessen an, um etwas für alle zu erreichen (Candeias 2020).

Die Partei und ihre theoretische und praktische Ausrichtung hatten sich erneuert. Zwei unverbundene Entwicklungen haben dazu geführt, dass sie trotzdem in die Krise geraten ist: Zum einen hat die Corona-Pandemie die Kampagnen fast zum Erliegen gebracht. Ausgerechnet in einer Zeit, als zentrale Forderungen der Linken Pflegekampagne verallgemeinert wurden – wie 500 Euro mehr Lohn für die Pflegekräfte –, fand die Partei unter neuer Führung keine Möglichkeit, daran anzuknüpfen. Ein späterer Versuch, eine Kampagne um die Vermögenssteuer aufzusetzen, scheiterte weitgehend daran, dass zentrale Erfahrungen und Kompetenzen aus den ersten Kampagnen nicht aufgegriffen werden konnte.

Der zweite Grund kam von innen: Nachdem Die Linke 2017 das zweitbeste Wahlergebnis ihrer Geschichte erreicht hatte, begann die Kampagne von Sahra Wagenknecht gegen die Migrationspolitik und ein Dauerfeuer, dass die Partei falsch ausgerichtet sei und sich zu viel um Fragen von Lebensstil und Selbstbestimmung, zu wenig um »die Arbeiter« kümmern würde. Ein explizites Gegenkonzept zur verbindenden Klassenpolitik, das dankbar von den Medien aufgegriffen wurde.

Erst nach der Trennung von Sahra Wagenknecht und ihren Anhänger*innen konnte Die Linke wieder an erfolgreiche Kampagnentätigkeit und Organizing anknüpfen. Die Dialektik der Parteiengeschichte liegt darin, dass gerade die existenzielle Krise der Linken 2024 ermöglichte, dass sich diese Strategien und Praktiken in der Partei stärker verallgemeinert haben, als das in »guten Zeiten« gelungen war.

Veränderungen der Arbeiter*innenklasse und ihrer Repräsentation

Zunächst gehen wir einen Schritt zurück: Was war die Veränderung der Arbeiter*innenklasse, auf die Die Linke mit einer »neuen« Klassenpolitik antworten wollte?

Die Umbrüche in der Industrie erzeugen Unsicherheiten und das Gefühl von Ungerechtigkeit: Das eigene Arbeitsleid scheint nicht zu als gerecht empfundener gesellschaftlicher Absicherung zu führen (Kaindl 2009). Dies befördert eine »exklusive Solidarität« (Dörre 2019, 28). »[I]n zunehmend kürzeren Rhythmen [wird] jeweils eine ›neue Sau durchs Dorf getrieben‹ […]: Aufspaltungen, Verlagerungen, Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogramme und Rationalisierungsprozesse, die zu fortschreitender Vermarktlichung und Entgrenzung der Arbeits-, Arbeitszeit- und Leistungsbedingungen führen. Diese Welt erzeugt immer weniger Stabilität und Sicherheit, sondern steht für Umwälzung mit kurzen ›Sprints‹ und wechselnden Strategiezielen – neusprachlich ›Agilität‹. Sicher: Das kennzeichnet mehr die Lage in industriellen Großbetrieben, sickert aber auch in mittelständische Unternehmen, Zulieferbetriebe und in Dienstleistungsbereiche wie Transport, Logistik, Versand ein. Daraus erwachsen Abstiegs- und Zukunftsängste, Abwertungserfahrungen, Gefühle der Machtlosigkeit, die nicht nur gesteigerte subjektive Unzufriedenheit befördern, sondern auch Wut oder Resignation.« (Sauer/Detje 2019, 162)

Dazu kommt die Bedrohung des Status von Beschäftigten durch Abwertung bestimmter Berufe und Qualifikationen im Zuge weltwirtschaftlicher Verschiebungen und (nicht nur technischer) Produktivkraftentwicklungen. Sie müssen vermehrte Anstrengungen unternehmen, um ihren Lebensstandard zu halten (oder noch zu verbessern), während andere (etwa Geflüchtete oder Bürgergeldbezieher*innen) scheinbar leistungslose Hilfen erhalten und damit vermeintlich gut und ohne Anstrengung zurechtkommen. Etliche leiden unter Abstiegsängsten, obwohl gerade Facharbeiter*innen und Höherqualifizierte eher weniger vom Abstieg betroffen sind. Entscheidender als die absolute Deprivation – so weiß bereits die frühe Rassismusforschung – ist die relative, also welcher gesellschaftliche Stand im Vergleich zu anderen oder zu den eigenen Erwartungen erreicht werden kann. Hinzu tritt eine Kränkung durch *diskursive* Abwertung bestimmter Arbeitsidentitäten und damit verbundener (an Konsum und Fossilismus gebundener) Lebensweisen. Dieser Zusammenhang erklärt, weshalb auch Gewerkschafter*innen sich in den letzten Jahren vermehrt von der SPD entfernt haben[7] und zunehmend konservativ (CDU/CSU) und auch radikal rechts (AfD) wählen. Ihre Interessen verfolgen sie eben auch bei Wahlen – »der Anteil derjenigen ohne Wahl-

7 Die Linke verlor, nach anfänglichem Zulauf von gewerkschaftlichen Wähler*innen aus dem Lager der SPD, diese dann an die Grünen und später – nach Resozialdemokratisierung im Bundestagswahlkampf 2021 – auch wieder an die SPD.

absicht [liegt] bei den einkommensstarken Arbeitern deutlich unter dem der einkommensschwachen« (Schäfer 2015, 137).

Dazu kommen Differenzierungen in der Arbeiter*innenklasse: Jenseits von Faktoren wie Religion (christliche Arbeiter*innen wählten immer schon stark christdemokratische Parteien) oder kulturellen Identitätsmustern ist vor allem das Einkommen ausschlaggebend. Facharbeiter*innen in der Industrie verdienen überdurchschnittlich mehr als Wachleute oder Krankenpfleger*innen. Darüber hinaus werden sie durch Boni stärker an den Erfolg des Unternehmens gebunden. Ihre Subjektivität verändert sich, sofern sie in den Status (kleiner) Eigentümer*innen wechseln, die für ein großes Auto und ein Haus oft erhebliche Kreditverpflichtungen eingegangen sind und deren (Alters-)Absicherung oft auch über Aktien und/oder Immobilien sichergestellt wird (Candeias 2025, 20). Dies führt zu einer Art »Verbürgerlichung der Arbeiter« (Schäfer 2015, 125) und mithin ihres Wahlverhaltens.

Es war eine doppelte Bewegung: eine Verschiebung in der Wirtschaftsstruktur, mit der Segmente der Arbeiter*innenklasse, etwa bestimmte Berufsgruppen qualifizierter Facharbeiter*innen, absteigen und andere, wie Teile hoch qualifizierter Dienstleistungsarbeit, aufsteigen. Verbunden damit war die Ausbreitung des Niedriglohnsektors und der Prekarität. Und eine politische Polarisierung und allgemeine Verschiebung nach rechts durch das Erstarken der radikalen Rechten.

Die Sektoren Industrie und produzierendes Gewerbe steuerten in Deutschland im Jahr 2020 noch 26,6 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei – in Frankreich waren es nur noch 16,8 Prozent, in den USA 18,4 Prozent (zum Vergleich: in Japan 29 %). Dies entsprach mehr als 24 Prozent der Beschäftigung in Deutschland. Dieser Anteil hat sich seit 1980 nahezu halbiert (1980: circa 41 %), während spiegelbildlich der Dienstleistungssektor auf 74,5 Prozent der Beschäftigung gewachsen ist (1980: knapp 54 %).[8] Diese Veränderungen der Arbeiter*innenklasse waren Voraussetzung für die Überlegungen, stärker die Beschäftigten anzusprechen, die a) nicht nur einem zunehmend kleinen, eher weißen und männlichen Teil der Arbeiterklasse angehörten, b) bei denen zu beginnen, die für Die Linke leichter zu erreichen waren sowie c) in Feldern tätig waren, in denen der Linken mehr zugetraut wurde als in Industrie und Wirtschaft.

Traditionell wählte die Arbeiter*innenklasse die SPD (rund 50 %) oder die CDU/CSU (rund 25 %). Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

8 Statistisches Bundesamt: Erwerbstätigenrechnungen (ETR) im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Bundeszentrale für politische Bildung: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren, 28.11.2020, bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-indeutschland/61698/erwerbstaetige-nach-wirtschaftssektoren. Ende August 2023 waren knapp 5,6 Millionen Personen in Industrie und produzierendem Gewerbe beschäftigt. Dem stehen allein 6 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen gegenüber, welches zudem von einem erheblichen Personalmangel gekennzeichnet ist; destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitspersonal/_inhalt.html.

(WASG) wurde 2004 explizit als stark gewerkschaftlich getragene Wahlalternative gegründet, angesichts des Schwenks der SPD zur neoliberalen Agenda 2010. Nach der Vereinigung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der WASG konnte die Partei Die Linke auf ihrem Höhepunkt im Jahr 2009 bis zu 17 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder bei Wahlen für sich gewinnen. Dabei kam einiges zusammen: die Abwendung von linken und enttäuschten Sozialdemokrat*innen von der SPD und das Wirken von in der IG Metall und bei ver.di verankerten linken Gewerkschafter*innen.

Der Einbruch beginnt mit einer Verschiebung des Wahlverhaltens von Gewerkschafter*innen nach rechts – zunächst zur CDU/CSU und dann zur AfD. Eine Entwicklung, die zunächst vor allem die SPD traf und spätestens 2021 auch Die Linke. Gleichzeitig bemühte sich die SPD stark, Vertrauen in den Betrieben zurückzugewinnen.

Ein Blick auf das Wahlverhalten von gewerkschaftlich organisierten Frauen und Männern bei der Bundestagswahl 2021 legt Differenzierungen nahe: Mehr Männer haben die AfD und die FDP unterstützt, während Frauen stärker Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gewählt haben (die Werte von SPD und CDU unterscheiden sich wenig). Schon in den Jahren zuvor und bei guten Wahlergebnissen der Linken hatte die Partei bei den Gewerkschaftsfrauen deutlich stärker abgeschnitten als bei männlichen Gewerkschaftern.

Die betriebliche Verankerung der Partei Die Linke in einigen Industriebetrieben und der IG Metall baute teilweise auf gewachsenen Strukturen, die die WASG dann mitgründeten. Sie war auch ein Generationenprojekt – es gelang nur unzureichend, Strukturen zu verjüngen. Die Partei legte ab 2014 daher zu Recht einen Fokus auf den gewerkschaftlichen Parteiaufbau. Produktive Ansätze wie die regionale Verankerung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Betrieb & Gewerkschaft, Diskussionen um ein »neues Normalarbeitsverhältnis« und die Betriebsräte-Konferenzen der Bundestagsfraktion litten jedoch daran, dass die Ressourcen der Bundespartei für explizite Organisierungsprozesse begrenzt waren. Es gelang, neue jüngere Gewerkschafter*innen für die Partei anzusprechen, jedoch kaum, kontinuierliche Verankerung aufzubauen. Aktivitäten wie die insbesondere von Fanny Zeise und Florian Wilde vorangetriebenen »Streikkonferenzen« der Rosa-Luxemburg-Stiftung ab 2013 haben zugleich zu einer erneuerten, dezentralisierten Gewerkschaftslinken beigetragen – stärker in ver.di, NGG, GEW, aber auch darüber hinaus in der IG Metall, IG BAU, EVG. Hier zeigen sich die bis heute bestehenden Herausforderungen von Parteiaufbau und linker gewerkschaftlicher Verankerung, die nicht immer synchron verlaufen. Eine veränderte politische Konjunktur mit der Krise des Exportmodells wirft neue Herausforderungen auf, ausgehend von gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen können sich die vorher geschaffenen Formen der Verbindung als wertvoll erweisen und zugleich unter Veränderungsdruck kommen.

Demobilisierung der sozial Schlechtergestellten

Besonders abgenommen hat die Wahlbeteiligung in den unteren Teilen der Arbeiter*innenklasse, während die Wahlneigung bei Hochverdiener*innen und Beamten zugenommen hat (Schäfer 2015, 137). Nichtwähler*innen »bilden keinen Querschnitt der Bevölkerung, auch wenn dieser Eindruck medial vermittelt wird« (121), Nichtwählen ist eine Klassenfrage. Wo die Mieten niedriger und die Wohnungen kleiner sind, wohnen überproportional viele Erwerbslose, Migrant*innen und Empfänger*innen von Bürgergeld oder Altersgrundsicherung. Es sind diese benachteiligten Viertel, in denen sich die Wahlbeteiligung seit den späten 1980er Jahren teilweise halbiert hat, während sie in sozial und einkommensstärkeren Vierteln stabil ist oder sogar zugenommen hat. Diese Diagnose war für Die Linke unter Kipping/Riexinger ein Grund, in diesen Stadtteilen Modellprojekte für organisierende Nachbarschaftsarbeit zu beginnen.

»Die Liberalisierungspolitik der vergangenen drei Jahrzehnte hat Markt- und Haushaltseinkommen ungleicher verteilt und eben zum Rückgang der Wahlbeteiligung beigetragen« (91). Der Rückgang der Wahlbeteiligung befördert wiederum weitere Umverteilung von unten nach oben, ein negativer Rückkopplungseffekt. Diese asymmetrische Demobilisierung der Klassen bei Wahlen hat in der langen Regierungszeit von Angela Merkel auch dazu geführt, dass deren Regierungsprojekt stabilisiert worden ist – verbunden mit den *Trasformismo*-Projekten, die vermitteln sollten, dass konservative Sozialdemokrat*innen mindestens genauso gut bei der Merkel-CDU aufgehoben seien. Tatsächlich glauben – erfahrungsgesättigt – »untere Einkommensgruppen überdurchschnittlich häufig, ihre Stimmabgabe bei Wahlen mache keinen Unterschied. Forcierte Einkommensungleichheit wirkt beteiligungshemmend, wenn sie die Schlechtergestellten entmutigt, durch politisches Handeln das eigene Leben verbessern zu können.« (88)

Nichtwählen ist in den unteren Teilen der Klassenhierarchie überwiegend ein Akt der Unzufriedenheit mit der Politik und mehr und mehr des Fatalismus – bzw. der Erfahrung, dass die Wechsel der Regierungen von mehr oder weniger großen Koalitionen und Rot-Grün wenig an ihrer Lebensrealität geändert haben, zumindest nicht zum Besseren. Sie nehmen wahr, »dass die politischen Entscheidungsträger ihre Präferenzen kaum berücksichtigen und sich nicht um ihre Interessen kümmern«, so Brigitte Geißel (zit. n. Jörke 2017, 36). Die Verweigerung der Teilnahme an demokratischen Ritualen lässt »eine, wenn auch verzweifelte, Form der Rationalität« erkennen (Jörke 2017, 36).

Die (Neue) Rechte versucht, mit diesen Erfahrungen Politik zu machen. Sie suggeriert »Widerstand« und den Bruch mit dem Bestehenden – wenn sie auch nicht in Opposition zu Kapitalismus, Ausbeutung oder Niedriglohn steht. Sie ruft zugleich zur Abwertung und Ausgrenzung der »Anderen«, der Migrant*innen, der »Arbeitsscheuen«, der »versifften Grünen und Linken«,

der Feminist*innen etc. auf und suggeriert (restriktive) Handlungsfähigkeit. Dass die anderen Parteien Forderungen der Rechten aufgreifen und vorwegnehmen, stärkt die Illusion der Handlungsfähigkeit. Dies geschieht etwa mit den Gesetzen zur »Verbesserung von Rückführungen« (zunächst unter der Ampelregierung und dann verschärft unter der Regierung von Union und SPD unter Merz), während linke Positionen und Forderungen zurückgewiesen, linke Reformen nicht oder nur unzureichend (etwa beim Mindestlohn) durchgesetzt werden.

Erfahrungen der Hausbesuche aber zeigen auch: Die Menschen haben viel Kritik an den Verhältnissen, sind also nicht »unpolitisch«, erwarten aber von Parteien und Wahlen wenig. Für Die Linke ist hier die Herausforderung, nicht als »eine der ganz normalen Parteien« wahrgenommen zu werden, von der sich die Menschen wenig erwarten, und praktische Alternativen zur Wahrnehmung der Machtlosigkeit (der Linken wie der Betroffenen selbst) zu schaffen.

Damit erklärt sich auch der teilweise Verlust von Stimmen für linke Parteien bei den unteren Teilen der Arbeiter*innenklasse: Der Effekt der Klassenlage hat sich »von der Parteienwahl auf die Wahlteilnahme« verlagert. »Wie man wählt, hängt weniger eng mit der Klassenlage als in der Vergangenheit zusammen, aber ob man wählt dafür umso stärker.« (Schäfer 2015, 123) Ein Trend, der sich noch verschärft hat (Candeias 2022b u. 2024a).

Diese asymmetrische Demobilisierung soll in der Mobilisierung an den Haustüren bearbeitet werden. Menschen mit geringer Wahlneigung äußern die Erfahrung, dass sie niemand fragt, sich niemand für sie interessiert. In den Stadtteilen, wo die Linken-Ergebnisse gut, die Wahlbeteiligung aber niedrig ist, können Stimmen maximiert werden. Einschlägige Studien zeigen, dass die Mobilisierung zur Wahl von potenziellen Wähler*innen – also inhaltlich bereits überzeugten oder der Linken zuneigenden – am wirksamsten durch direkte Ansprache gelingt: Green und Gerber (2015) werten in einer vergleichenden Studie 40 Einzeluntersuchungen auf ihre Effektivität aus. Hier zeigt sich, dass *Canvassing* bei einer bevorstehenden Wahl durchschnittlich eine Stimme je 14 Kontakte generiert, das Verteilen von Broschüren und Flyern dagegen nur eine Stimme je 189 Kontakte.

Der Effekt der Ansprache von Nichtwähler*innen wird »in den meisten Studien vermutlich sogar unterschätzt, weil sekundäre Effekte, Auswirkungen auf Familienmitglieder, Mitbewohner*innen und Nachbar*innen« nicht beachtet werden (z. B. Nickerson 2008). Die aufsuchende Arbeit bei Haustürbefragungen und Haustürwahlkämpfen ist also von enormer Bedeutung, um Nichtwähler*innen insbesondere in benachteiligten Vierteln überhaupt zu erreichen. Dazu gehört, die Gesichter und (Klassen-)Geschichten dieser Menschen sichtbar zu machen. Und ein Spitzenpersonal, welches dieses Profil persönlich verkörpert, sowie eine konfliktorientierte Kommunikation, um die Aufmerksamkeitsschwelle der Medien zu durchbrechen. Die Menschen müssen erleben können, da legt sich jemand für sie (im besten Fall mit

ihnen) gegen die Reichen und die Mächtigen an (vgl. Nichtwähler*innenstudie, Candeias 2025).

Die Verallgemeinerung von aufsuchender Arbeit in der Linken hat große Personalressourcen, einen Aufbau von Bildungs- und Multiplikator*innenstrukturen und einen Umbau der Parteikultur wie (eines Teils) des Politikverständnisses erfordert. Ein solcher Umbau gelingt nicht über Nacht oder per Beschluss; er wurde innerhalb der Partei bei Strömungen und Landesverbänden unterschiedlich aufgenommen und zum Teil abgelehnt und ausgebremst.

Ein klares Profil und die Verankerung in den prekären Milieus wurde darüber hinaus erschwert durch die medienwirksame Kampagne von Sahra Wagenknecht und anderen, die behaupteten, Die Linke habe die Arbeiter*innen verraten und interessiere sich nur für Mittelschichtsmilieus. Eine Behauptung, die am Kern der verbindenden Klassenpolitik vorbeiging und die Verankerung der Linken in diesen Gruppen schwächte. Die harten Streitigkeiten und das zersetzende Agieren zerstörten jeden Ansatz einer Nichtwähler*innenstrategie und populärer Wirksamkeit.

Das autoritär-konservative Gegenprojekt

Den größten Schaden für Die Linke hat ohne Zweifel das Projekt von Sahra Wagenknecht und ihren Verbündeten angerichtet. Als ein, wenn nicht das bekannteste Gesicht der Partei hat sie schon in ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzende häufig Parteibeschlüsse ignoriert und die Fraktion gegen die Partei positioniert. In der Zeit der Parteivorsitzenden Kipping und Riexinger konnte sie keine Mehrheiten in der Partei organisieren. Dies lag u. a. an mehreren Eintrittswellen nach dem Göttinger Parteitag 2012, die zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Partei führten. Auch ihr Versuch, die Migrationspolitik der Linken über eine Medienkampagne zu verschieben, endete auf dem Parteitag 2018 mit Wagenknechts Niederlage.

Das hat aber nicht dazu beigetragen, ihre Versuche zu dämpfen, vielmehr hat sie ihre Strategien und Ziel geändert. Am Ende stand die Ausgründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht, das allerdings nach ersten Erfolgen bei der Europawahl und ostdeutschen Landtagswahlen jetzt, nach Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl und bei westlichen Landtagswahlen, im Zerfall zu sein scheint.

Der erste Ansatz für die Gründung einer neuen Partei war die Gründung einer »Bewegung« genannt »aufstehen«. Die Organisation sollte linke Kräfte aus SPD, Grünen und Die Linke sowie viele andere sammeln – allerdings konnte sie in der SPD und bei den Grünen nur Randfiguren als Aushängeschilder gewinnen. Nur aus der Partei Die Linke war die Fraktionsvorsitzende beteiligt. Ein erklärtes Ziel war, eine wirksame Re-Sozialdemokratisierung der Politik zu bewirken und viele anzusprechen, die sich in Parteien zunehmend weniger repräsentiert sahen. Schon früh stand jedoch für Wagenknecht, Lafontaine und ihr enges Umfeld das Ziel einer neuen Partei im

Vordergrund, auch wenn maßgebliche Akteur*innen das bis zur Gründung des BSW stets bestritten. Das Projekt »aufstehen« scheiterte binnen kurzer Zeit an vielerlei Gründen – autoritären Machtstrukturen, internen Streitigkeiten, an der Vorstellung, eine Bewegung von »oben« initiieren zu können, ohne die Logik von Bewegungen zu denken. Wagenknecht versuchte zwar, einem Linkspopulismus à la Corbyn, Sanders oder Mélenchon zu folgen – doch vermochte sie keine Verbindung eines popularen Projekts von unten mit einer echten (post-)charismatischen Führung im gramscianischen Sinne zu verbinden (vgl. Candeias 2018).

Kronzeuge für ihre Politik war Didier Eribon, der mit seinem Buch *Rückkehr nach Reims* das Comeback der Klassenfrage in den Feuilletons befeuert hatte. Er machte die Sozialdemokratie bzw. die sozialistische Partei Frankreichs für den Aufstieg der radikalen Rechten mitverantwortlich, weil sie sich eben von den Klasseninteressen abgewandt und zugunsten der Macht vom Neoliberalismus hatte vereinnahmen lassen, während die Kommunistische Partei nichts mehr entgegenzusetzen hatte. Doch wurde rasch vergessen, nicht zuletzt von Wagenknecht, die sich gern auf ihn berief, dass Eribon als Vorkämpfer der Schwulenbewegung keineswegs einen Gegensatz zwischen Klassenkämpfen und Anerkennungskämpfen konstruiert. Ganz im Gegenteil (entsprechend wandte er sich beim Parteitag der Linken 2024 explizit gegen Wagenknecht). Aber das schien zu kompliziert. Einfacher war es, zum alten Hauptwiderspruch zurückzukehren und alle anderen Kämpfe und Unterdrückungsverhältnisse als Ablenkung vom Hauptinteresse zu diffamieren.

Der inhaltliche Bruch wurde medienwirksam mit Wagenknechts Buch *Die Selbstgerechten* inszeniert, das 2021, kurz nachdem sie auf die Landesliste der Linken in Nordrhein-Westfalen gesetzt worden war, die breite Öffentlichkeit erreichte. Kontrafaktisch denunziert sie die Partei Die Linke als »Lifestyle-Linke«, die zwar für Diversität, Antirassismus, eine lockere Einwanderungspolitik und gegen den Klimawandel eintrete, sich aber im Gegenzug kaum mehr für Klassenpolitik interessiere. Ihre Ziele wolle sie auch nicht mehr durch Umverteilung von Vermögen erreichen, sondern durch Fragen des Lebensstils, der Konsumgewohnheiten und durch moralische Haltungsnoten. Das entscheidende Merkmal der Lifestyle-Linken sei dabei, dass sie ihre Privilegien für Tugenden hielten und verächtlich auf diejenigen blicken würden, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft Fragen der Migration oder sozial ungerechte Maßnahmen gegen den Klimawandel anders erleben als Besserverdienende oder die nach anderen kulturellen, vermeintlich reaktionären Werten leben. Ohne weitere Differenzierung kritisiert sie die Partei hier als linken Flügel des »progressiven Neoliberalismus« (Fraser). So wurden aus vertikal angeordneten Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit horizontal angelegte Kulturkämpfe zwischen unterschiedlichen Teilen der Lohnabhängigen (»urbane, akademische Mittelschichten« vs. »Arbeiter und Abgehängte«; kritisch dazu vgl. Riexinger 2021). Das eigentliche Problem, die soziokulturelle Spaltung der Lohnabhängigen, wird dadurch verschärft. Wagenknechts

autoritär-sozialdemokratische Strategie verstellte die Herausforderung, wie ein sozialer Block auf (heterogener) Klassenbasis gebildet werden kann.

Das Timing war perfekt. Ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen 2021 konnte die prominenteste Vertreterin der Partei Die Linke in allen Medien öffentlich gegen die eigene Partei polemisieren und sich selbst als »linkskonservative« Alternative für Deutschland darstellen. Heute wissen wir, dass sie und ihr Umfeld schon bald nach dem Scheitern von #aufstehen Pläne für eine neue Partei hegten.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn ausgerechnet die Feuilletons der konservativen Zeitungen die Arbeiterklasse wiederentdeckten und die linken Kräfte anklagten, die Klasse vergessen zu haben und stattdessen nur neoliberale Identitäts- und Minderheitenprobleme zu bedienen. Die Herkunft und politisch-ökonomischen Triebkräfte des Neoliberalismus waren damit schön aus dem Bild genommen. Und Teile der Linken und ihrer Wähler*innen fielen auf dieses »Framing«, wie man neudeutsch sagt, herein – zunächst mit erheblichen Folgen für die Partei. Wagenknechts »Kritik« folgte recht ungebrochen rechten Bildern vom angeblichen »Genderismus« der (sozialdemokratischen) Linken, wie sie international von Rechten aufgerufen werden. Eine Abgrenzung zur bzw. Isolierung der AfD lehnt Wagenknecht ab; sie will AfD-Wähler*innen ein »seriöses Angebot« machen und sie zurückgewinnen. Ein Blick auf die Wahlergebnisse von AfD und BSW im vergangenen Jahr und die praktisch nicht vorhandenen Wanderungen von Wähler*innen von der AfD zum BSW lassen diese Strategie als gescheitert erscheinen.

»Klasse« wird bei Wagenknecht weitgehend kulturalisiert gefasst (gewerkschaftliche Praxis z. B. oder das Verhältnis von Kapital und Arbeit kommen bei ihr nicht vor). Bei E. P. Thompson oder Pierre Bourdieu zum Beispiel ging es um das Verhältnis von vertikalen und horizontalen Gegensätzen in der Gesellschaft, das Verhältnis von ökonomischer und kultureller Produktion und Herrschaft. Bei der Debatte um »Kosmopoliten« versus »Kommunitarier« (Reckwitz) spielte das alles keine Rolle mehr.[9] Zwar bilden »Identitäts- und Klassenpolitik eben gerade kein[en] Widerspruch. Doch zur Sicherung eigener Einflüsse wurde dieser vermeintliche Konflikt ständig befeuert«,

9 Ohne wirkliche empirische Analyse wurde dabei alles vermengt, um neue gesellschaftliche Kampflinien zu begründen: So wurden alle möglichen Befreiungsbewegungen von Feminismus bis Klimabewegung dem kosmopolitischen Lager der (progressiven) Neoliberalen zugeschlagen, während die (alte Industrie-)Arbeiterklasse, aber auch die aufgestiegene radikale Rechte einem latent national-kommunitaristischen Lager zugeordnet wurden. Natürlich gab und gibt es einen liberalen Feminismus und marktgläubige Umweltaktivisten, die sich gern von dem noch immer herrschenden, aber längst nicht mehr hegemonialen neoliberalen Block vereinnahmen ließen. Doch gab es eben auch große Teile eines kritischen linken Feminismus und einer kapitalismuskritischen Umwelt- und Klimabewegung, die immer gegen diese liberal verkürzten Politiken gekämpft hatten, ebenso wie die internationalistischen Teile der Arbeiterbewegung. Wohl kaum kann man die Industriearbeiterklasse oder gar die Arbeitsklasse insgesamt einem national-kommunitaristischen Lager zurechnen. Die Linien waren zu grob gezeichnet, verunklaren mehr, als sie verdeutlichen können.

schrieb Daniel Reitzig (2021) in *Jacobin*. Diese Konfliktlinie falscher Gegensätze kann hier nicht ausgeführt werden (vgl. Riexinger 2021; Candeias 2021 bzw. zum Projekt von Wagenknecht weiter unten). Sie führte dazu, dass Teile der potenziellen linken Wähler*innen und Aktiven sich von der Linkspartei abwendeten. Die einen, weil sie die Angriffe gegen antirassistische, feministische, queere und ökologische Praxen nicht mehr ertrugen. Die anderen, weil sie den dauernden Angriffen auf die Linkspartei, die angeblich die Interessen der »Arbeiter und Abgehängten« nicht mehr vertreten würde, Glauben schenkten. Es kam zu Parteiaustritten von unterschiedlicher Seite, genug, um die Mitgliederzuwächse der Vergangenheit zu neutralisieren. Mit dem Ukraine-Krieg überlagerten sich die Konflikte um die Ausrichtung der Linken. Neben das Motiv, dass Die Linke »die Arbeiter verloren hätte«, stellten Wagenknecht u. a. die Behauptung, Die Linke würde den Ukraine-Krieg nicht ablehnen und die Befürwortung von Sanktionen gegen Russland treibe die Gaspreise in Deutschland hoch (beides unzutreffend). Bei einem relevanten Teil der Wähler*innen der Linken wie ihrer Mitglieder verfingen diese Diskurse.

Blockierte Erneuerung

Nach dem guten Abschneiden der Linken bei der Bundestagswahl 2017 und der Niederlage von Wagenknecht auf dem Parteitag 2018 setzte sich die mediale Auseinandersetzung um die Partei langsam in der Mitgliedschaft fort und erreichte die Kreisverbände. Die Linke wurde in der Öffentlichkeit und ab 2021 auch von den eigenen Anhänger*innen als zerstritten und wenig handlungsfähig wahrgenommen. Die strategischen Unterschiede von mindestens drei Linien brachen in der Partei offen zutage, die als reale Gruppen und Strömungen verschiedene, zum Teil überraschende Bündnisse eingegangen waren.

a) ein linkssozialdemokratisches Projekt (v. a. im Westen) mit einem auf die soziale Frage fokussierten linkspopulistische Flügel sowie einer pragmatischen linksgewerkschaftlichen Strömung um die alte WASG. Letztere stellte ein wichtiges Bindeglied zu einem Teil der älteren Generationen im Westen dar, die rein quantitativ schon von Bedeutung waren. Relevante Teile dieses Flügels orientierten sich zunehmend auf eine politische Neugründung, waren sich jedoch uneinig, ob dies in die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei oder in einen Führungswechsel in der Partei Die Linke münden sollte.

b) die Bewegungslinke als attraktiver Bezugspunkt für den jüngeren und aktivistischeren Teil der Partei, der einen großen Teil der Parteineueintritte anzog. Sie hat einen radikal-oppositionellen sowie einen auf Gramsci und Rosa Luxemburgs »revolutionäre Realpolitik« bezogenen (pragmatisch linksradikalen) Flügel, der sich neben verbindender Klassenpolitik auch für ein rebellisches Regieren einsetzte.

c) das sogenannte Reformerlager (v. a. im Osten) mit drei Flügeln, einem sozial-konservativen Flügel (v. a. in der Fraktion), einem offen sozialliberalen Flügel sowie einer pragmatischen Regierungslinken.

In Jahren des politischen Erfolgs konnte der innerparteiliche Zusammenhalt trotz divergierender Projekte produziert werden. Bei abnehmenden Erfolgen und sich häufenden (Wahl-)Niederlagen nahmen die Kämpfe um die verbleibenden (Macht-)Positionen und die Ausrichtung zu.

Die Idee einer »modernen sozialistischen Partei« (Kipping/Riexinger 2015 in diesem Band) mit verbindender Klassenorientierung war im Zusammenspiel mit den progressiven Reformer*innen und der Integration des links-libertären Teils der Piraten-Partei de facto eine Strategie der Bildung eines »progressiven Blocks« in der Partei, der die anti-neoliberale Orientierung erneuern und links-libertäre Tendenzen in jüngeren Milieus (junge, prekär Beschäftigte in sozialen Dienstleistungen, Post/Logistik und insgesamt Niedriglohnsektor, jüngere linke IG-Metaller*innen) einbeziehen sollte. Die Annahme: Angesichts einer demobilisierten Klassengesellschaft (Dörre) ließe sich nur mit diesen Teilen überhaupt perspektivisch eine sozialistische Partei aufbauen, durch langsames Wachstum via Verankerung und Parteiaufbau. Programmatisch konnte vieles weiterentwickelt werden (Zukunft der Arbeit, Normalarbeitsverhältnis und kurze Vollzeit; Solidarische Gesundheitsversicherung und Rentenkonzept, Gesundheit und Pflege; Miete; solidarische Einwanderungsgesellschaft; linker Green New Deal usw.); verbunden mit einer Orientierung der Partei auf Klassenkämpfe und Bewegungsbündnisse und die erwähnte erfolgreiche Verankerung von Kampagnenarbeit, Haustürgesprächen und anderen Ansätzen politischer Praxis, für die letztlich allerdings oft die Kraft fehlte.

Die Erneuerung provozierte eine heterogene Gegenbewegung, die wegen des zugespitzten Konflikts mit Wagenknecht (gegen die Glaubwürdigkeit der Partei und in der Deutungshoheit über die Frage »Was ist links«?) nicht mehr integriert werden konnte. Das politische Projekt »verbindender Klassenpolitik« wurde zu einem Signifikanten für die Kritik der Gegner*innen, während das Konzept selbst im Mittelbau der Partei auf »Kämpfe verbinden, nicht gegeneinander ausspielen« reduziert wurde. Das informelle Bündnis aus klassenpolitischer Erneuerung und progressiven Reformer*innen hatte in der Partei zwar eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit errungen, blieb aber fragil. In der Regierungsfrage, der politischen Praxis und der Außenpolitik gab es Differenzen (oft auch quer innerhalb des Bündnisses). Der Konflikt mit Wagenknecht strukturierte den Zusammenhalt. Wichtige Elemente (Bewegungsorientierung; Mitgliederpartei; Kämpfe verbinden als Anspruch; sozial-ökologisch; antirassistisch; klassenorientiert) waren in der Partei breit geteilt, aber das Konzept einer verbindenden Partei konnte nicht verallgemeinert werden.

In einer Phase niedriger Intensität von Klassenauseinandersetzungen und einem Bewegungszyklus um Geflüchteten-Solidarität, Antirassismus und

Klimagerechtigkeit konnte eine Neuformierung als »verbindende Partei« nur bedingt gelingen. Die Verbindung in »neue Milieus« und die jüngere Generation konnte zwar erreicht werden. Die Linke war gut vertreten bei #unteilbar und engagiert dabei, soziale Rechte und Bewegungsfreiheit zusammen zu thematisieren. Durch die »mixed messages« aus der Partei bzw. Fraktion, die vor allem von der medienstarken Minderheit um Sahra Wagenknecht gesendet wurden, blieb die Verankerung aber fragil.[10] 2017, bei der Bundestagswahl nach den großen Fluchtbewegungen von 2015ff., hatte Die Linke ihr zweitstärkstes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl erreicht. Die noch am Wahlabend beginnende Infragestellung der Parteilinie durch Wagenknecht hat im Folgenden Wähler*innen und Mitglieder gekostet.

Rechts-populistische politische Konjunktur und Differenzen in der Linken

2014 gelangen der AfD in (Ost-)Deutschland die ersten Wahlerfolge, 2017 zogen sie – gestärkt vom medialen Diskurs eines angeblichen »Flüchtlingsproblems« – erstmals in den Bundestag ein. Mit dem Erstarken der radikalen Rechten entstand eine politische Konstellation einer dreifachen Polarisierung: Einen Pol bildete die neoliberale »Mitte« – der Machtblock in der Regierung (und die sie stützenden Kapitalfraktionen), den zweiten die (diskurs-)starke AfD als Herausforderer der Regierung und der etablierten Parteien generell, den dritten die Grünen als liberal-ökologischer Gegenpol zu Letzteren (Candeias 2019). In derart polarisierten Konstellationen werden differenzierte oder Zwischenpositionen nicht nur nicht sichtbar, sondern häufig zerrieben. Die Linke wurde kaum wahrgenommen, drang in der Öffentlichkeit nicht durch, von Ausnahmen wie beim Thema Mieten(-deckel) abgesehen.

10 Hinzu kamen spezifische regionale Aspekte: Die Stärke der PDS bzw. der Partei Die Linke im Osten war eine große (wenn auch alte und oft passive) Mitgliedschaft sowie stark mit der Partei identifizierte Stammwähler*innen. Diese Generation brach als Mitglieder und Wähler*innen binnen zehn Jahren immer weiter weg. Dieser Prozess führte zu einer abnehmenden Verankerung vor Ort. Ohne neue Mitglieder und Wähler*innen wäre die Partei als Generationenprojekt im Osten ihrem Ende entgegengegangen. Hinzu kamen hausgemachte Fehler (Stichwort Brandenburger Zustimmung zu Polizeigesetzen, »sanfte« Sparpolitik, verpasster Kohleausstieg) und ein Politikstil, der sich auf kleine Reformen, besseres Regieren oder besseres Opponieren, auf Politik der kleinen Schritte vor allem im parlamentarischen Raum konzentrierte und nicht auf den »Geist der Abspaltung« (Antonio Gramsci), auf eine deutliche Unterscheidung und ein erkennbares, scharfes Profil setzte. Dennoch waren in diesen Jahren auch im Osten wieder mehr jüngere Leute in die Partei eingetreten. Neue Mitglieder konnten den Verlust bei der älteren Generation nicht kompensieren, aber es handelte sich wie im Bundesdurchschnitt um überwiegend junge Neumitglieder, die aktiv werden wollen – gegen rechts, gegen eine als bedrohlich empfundene Gesamtentwicklung, für eine linke Politik vor Ort, mit den Leuten gemeinsam. Hier hatte die Partei die reale Chance, zum Gegenpol der AfD zu werden. Zumindest in Thüringen hatte sie das bereits erreicht.

Fortgesetzte gesellschaftliche Krisen (Finanzkrise, ökologische Krise, Fluchtbewegungen, Zuspitzung von sozialer Ungleichheit) haben neue gesellschaftliche Konflikt- und Spaltungslinien entstehen lassen. Diese gingen quer durch (fast) alle Parteien und haben seit 2011 zu einer Umordnung des Parteiensystems geführt. Zentrale Entwicklungen waren die Finanz- und dann die Schuldenkrise, die Bewegung der Geflüchteten 2015 und der rassistische Backlash, die Pandemie, der Kulturkampf um die liberale gesellschaftliche Modernisierung mit Blick auf sexuelle Orientierung und Gender sowie das Aufbrechen damit verbundener Macht- und Gewaltverhältnisse, der Druck zur ökologischen Modernisierung. Ohne reale demokratische Teilhabe und soziale Sicherheit und wenn gesellschaftlicher Umbau den Einzelnen übergeholfen wird, werden rechte Deutungen gestärkt. Mit der widersprüchlichen liberalen, multikulturellen, aber auch geschlechtergerechten und ökologischen Modernisierung verband sich so ein Affekt, der politisch artikuliert werden konnte: das Gefühl von Verlust, Infragestellung und Entwertung traditioneller (Arbeiter*innen- und kleinbürgerlicher) Lebensweisen sowie geschlechtlicher Identitäten. Die sogenannte Zeitenwende mit dem Krieg in der Ukraine, innerer Militarisierung und Inflation trug weiter zur Polarisierung bei.

Die Konfliktlinien waren gesellschaftlich umkämpft, auch in der Linken. Bei den potenziellen Wähler*innen der Linken gab es lange große Mehrheiten für sozial-ökologische Transformation (auch wenn sie Die Linke dafür nicht als kompetent wahrgenommen haben), auch für Seenotrettung und menschliche Migrationspolitik. Umstritten waren die außenpolitischen Positionen (nicht der Einsatz für Frieden). Deshalb hat die Konkurrenz mit schöner Regelmäßigkeit versucht, Die Linke auf diesem Feld zu stellen. Bei Ökologie und Migration mussten die Konfliktlinien erst neu »geschaffen« werden, damit sie quer durch das Potenzial gingen, nicht zuletzt durch das Wagenknecht-Projekt: »Offene Grenzen« und »grüner als die Grünen« wurde zur Kampflinie. Seit dem Erstarken der radikalen Rechten ab 2015 ist es der Linken folglich an kaum einer dieser Konfliktlinien gelungen, jeweils einen Pol in der Auseinandersetzung zu besetzen: zum einen wegen der Polarisierung durch rechte Kräfte und den Aufstieg der AfD, der spätestens in der Corona-Krise zu einer autoritär-populistisch geprägten politischen Konjunktur führte; zum anderen, weil die mehrheitlichen Positionen der Partei regelmäßig durch das aus der Partei heraus gegen sie organisierte autoritär-sozialdemokratische Projekt von Sahra Wagenknecht konterkariert und überstrahlt wurden.

Die Linke konnte medial wenig durchdringen bzw. wurde (absichtsvoll) beschwiegen. Die Pandemie erschwerte die Situation zusätzlich, nicht nur weil derartige Krisen stets die Stunde der Exekutive sind und viele der linken Praxen ausgesetzt waren (Streiks, Demonstrationen, Organisierung im Viertel, Haustürbesuche oder einfach nur Treffen unterschiedlicher Gruppen und Ebenen) (vgl. IfG & Friends 2020). Eine Schwierigkeit war auch,

sich mit Blick auf das Krisenmanagement der Pandemie erkennbar zu positionieren: Z. T. sah sich Die Linke gezwungen, harte Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus mitzutragen, während die Totalopposition von AfD und nach rechts offenen Querdenkern besetzt wurde. Die FDP, in moderater Abgrenzung von der AfD, aber in ständiger (verantwortungsloser) Kritik an den Maßnahmen, profitierte von der Stimmung und verbesserte sich in Umfragen vor den Wahlen 2021 auf bis zu 12 Prozent. Eine vernünftige und solidarische Zwischenposition, die v. a. soziale Folgen ins Zentrum stellte, aber zugleich Freiheits- und Gesundheitsrechte abzuwägen versuchte (ebd.), wurde einmal mehr im (medialen) Diskurs marginalisiert oder als »unentschieden« diffamiert. Um die Frage von Gesundheit, Care, (fehlender) Sicherheit und Freiheit in der pandemischen Kapitalismuskrise radikal und eigenständig zu besetzen, fehlten politische Ressourcen und Kanäle von Gegenöffentlichkeit. Es gelang keine linke populare Zuspitzung.[11]

Im Ergebnis war Die Linke zwar besser in den aktiven Teilen der Bewegungen/Zivilgesellschaft organisiert und vernetzt, erreichte aber die anderen Teile der Bevölkerung (teilweise auch ihre eigene Wähler*innenbasis) nur unzureichend. Die neue Praxis der verbindenden Klassenpolitik konnte noch gar nicht ausreichend verallgemeinert werden und Früchte tragen, die alte Form der Partei als »antineoliberale Sammlungsbewegung« (Jörg Schindler) aus der Zeit der Agenda 2010 hatte sich angesichts neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien wiederum längst erschöpft. Auf diese Weise repräsentierte die Partei im lebendigen Sinne immer stärker die aktiven und weniger die passiven Wähler*innengruppen – ein Effekt, dem die klassenpolitische Ausrichtung eigentlich entgegenarbeiten sollte).

Die angestoßene Erneuerung der Partei durch die Führung und aus ihrer Mitgliedschaft heraus wurde blockiert – durch innere Auseinandersetzungen, auch zwischen Partei- und Fraktionsführung (die faktisch Auseinandersetzungen zwischen zwei unterschiedlichen Parteikonzepten für Die Linke waren). Und durch *Ungleichzeitigkeit*: Die notwendige Erneuerung steckte in den Anfängen oder auf halber Strecke und es fehlte die Dynamik für Weiterreichendes.

Das Gegeneinander-Ausspielen von Klassen- und Emanzipationskämpfen, wie es u. a. von Wagenknecht als Gegensatz von Klassen- vs. Identitätspolitik formuliert und zum Geschäftsmodell erhoben worden war, ist in der Linken mit dem Ansatz der verbindenden Klassenpolitik zurückgewiesen worden. Die Bedeutung der Neuzusammensetzung der Klasse durch antirassistische, queer-feministische und anti-imperialistische Kämpfe konnte jedoch nur bruchstückhaft in die Parteipraxis und kaum in den öffentlichen Diskurs der Partei übersetzt werden. Das Verständnis für die Differenzen, Erfahrungen

11 Der Fokus auf den Lockdown (»Zero Covid«) war dazu nicht geeignet; der zu Beginn in jungen Milieus populäre Slogan »Leave no one behind« wurde durch die Inszenierung des neoliberal-technokratischen Krisenmanagements als solidarische wie rationale Alternative zur wissenschaftsfeindlichen »Schwurbelei« absorbiert.

und Bedürfnisse in den vielfältigen Unterdrückungsformen und ihre Bedeutung für die gesellschaftliche Arbeitsteilung hätte weiter vorangetrieben werden müssen (vgl. Fried 2017; Candeias 2021; Becker/Beyer/Pühl 2024). Ohne die Anerkennung von Differenz und Machtunterschieden, ohne tiefgreifende Lernprozesse und die Anerkennung von Bedürfnissen bleibt das Verbinden oft beim Anspruch.

Die Linke muss als Partei der sozial-ökologischen Klassenpolitik und ökologisch-sozialistischer Transformation erkennbar sein. Für die Mehrheit ihrer Mitglieder gehören die soziale und die ökologische Frage untrennbar zusammen (darin zeigt sich der Unterschied zu den Grünen). Gefragt nach den wichtigsten Themen, waren Klima- und Umweltschutz bei Linken-Wähler*innen lange auf Platz zwei gelandet. Die der Partei Die Linke zugeschriebene geringe Kompetenz auf diesem Feld legte zwar nahe, dass es nicht das Thema war, mit dem sie Wahlen gewinnen würde, doch konnten auf dem Feld viele Wähler*innen verloren werden (Candeias 2022). Die Linksfraktion hatte schon 2012 einen »Plan B« vorgelegt, der sozial-ökologischen Umbau, Umverteilung und Demokratisierung der Wirtschaft zusammenbrachte. Programmatisch war Die Linke schon mit dem Erfurter Programm ihrer Zeit eher voraus. In Kommunikation und Außendarstellung kam die sozial-ökologische Transformation aber wenig vor – auch weil alle Versuche, das zu ändern, bei Medien und Wähler*innen faktisch aus der Wahrnehmung fielen. Der (im Rückblick betrachtet kurze) Sommer des »grünen Kapitalismus« 2019f. und des Aufkommens der Fridays-For-Future-Bewegung brachte hier Bewegung (die von den sozial-liberal erneuerten Grünen in Wahlerfolge übersetzt werden konnten, vgl. Becker/Nagel 2021). Bestehende Konzepte der Linken wurden ausgearbeitet und zu einem Ansatz für »System Change« (Riexinger 2020). Die Konzepte zum »sozial-ökologischen Systemwechsel« wurden breit mitgetragen und prägten bundesweite Wahlprogramme. Verschiedene Einstiegsprojekte für eine »ökologische Klassenpolitik« – wie z. B. kommunale Bündnisse für bezahlbaren Nahverkehr – wurden entwickelt und müssen verbreitert werden, um eine ökologisch-sozialistische Erneuerung als gelebte Praxis und Alltagskultur der Partei zu ermöglichen – und diese auch über die Wahrnehmungsschwelle von Medien, Öffentlichkeit und Wähler*innen zu bringen. Die Verankerung im Alltagsleben der Partei, in der Mitgliedschaft und ihrer Praxis in den Kommunen gelang nur in Ansätzen.

Auch diese Erneuerung geriet wie die verbindende Klassenpolitik in die Mühlen innerparteilicher Kämpfe. Anders als bei den Anhänger*innen der Linken (Candeias 2022) wurde zwischen sozial-ökologischer Transformation und sozialer Politik ein Gegensatz gesehen (oder konstruiert). Man dürfe nicht »grüner werden als die Grünen«, wurde zum geflügelten Wort der innerparteilichen Abgrenzung. Auch dies führte dazu, dass die Partei als unentschieden wahrgenommen wurde. Es fehlte an Glaubwürdigkeit, wenn einzelne, führende Vertreter*innen der Partei und v. a. Fraktion(en)

die sozial-ökologischen Positionen der Partei in den Medien konterkarierten – dass Klaus Ernst als bekannter Autoliebhaber (vor seinem Übertritt zum BSW) Vorsitzender des Ausschusses für Klima und Energie wurde, hat bei der Verankerung der Partei im klimapolitischen Feld sicher nicht geholfen.

Gleichzeitig macht die Rechte mit den Verunsicherungen und Abstiegsängsten der Beschäftigten (nicht nur) in den Transformationsbranchen Politik und versucht sie in einen rechten »Kulturkampf« zu übersetzen. Die erfolgreiche Kampagne gegen das (durchaus verbesserungswürdige) grüne Heizungsgesetz war nur ein Beispiel dafür. Die Erfahrung der hohen (Energie-)Preise und die Kommunikation von Union, AfD und den fossilen Lobbys, dies sei ein Effekt von Klimapolitik, die »wir uns nicht mehr leisten können«, hat in der Öffentlichkeit und im Alltagsbewusstsein zu starken Verschiebungen geführt (Candeias 2024). Hier müssen neue Strategien für eine linke ökologische Klassenpolitik gefunden werde.

Die rapiden Veränderungen in geopolitischen Machtstrukturen und Kriegen und die Militarisierung der Gesellschaften werden wahrscheinlich die größte Herausforderung für Die Linke werden – inhaltlich wie (kommunikations-)strategisch. Wir können hier keine angemessene inhaltliche Diskussion der Prozesse leisten, sondern markieren vor allem die unterschiedlichen Ebenen:

Die stark asymmetrischen Kriege um die Ukraine, Palästina, Iran, Libanon u. a., neue Strategien zu militärischer Kontrolle und Besatzung der unterschiedlichen Akteure (die Weltmacht USA, EU, Russland, China, Regionalmächte mit fossilen Rentier-Regimes) markieren eine neue Phase imperialistischer Konfrontation. Die Zustimmung zur Aufrüstung ist in der Bevölkerung weiterhin groß, auch wenn die Regierung Merz desaströse Zustimmungswerte hat (15 % am 1. April 2026, ARD-Deutschlandtrend). Trump schiebt die NATO beiseite, die EU wird ihre Verteidigungskosten und -praxen umbauen. Gleichzeitig: Die eigenen Anhänger*innen trauen der Linken auf diesem Politikfeld wenig zu. Von potenziellen Wähler*innen, die von anderen Parteien gewonnen werden könnten, wird die Außenpolitik eher als Wahlhinderungsgrund genannt. Die Wahrnehmung der Partei v. a. bis 2024 ist uneinheitlich gewesen (vgl. Candeias 2022, 22): Zwar gab es eine klare und mehrheitliche Linie, jedoch wichen prominente Persönlichkeiten medienwirksam davon ab: Verständnis für den russischen Aggressor und mangelndes Mitgefühl mit der überfallenen ukrainischen Bevölkerung einerseits, Plädoyers für Waffenlieferungen an die Ukraine andererseits.

Dabei gibt es viele Anknüpfungspunkte: Eine große Mehrheit in der Bevölkerung lehnt Waffenexporte an Israel ab, der anfänglich tabuisierte Begriff Genozid wird breit verwendet, junge Leute politisieren sich anhand von antimuslimischem Rassismus, dem Widerstand gegen religiöse Regime und Rechte; viele sehen einen Zusammenhang zwischen Antifaschismus, Kapitalismuskritik und dem Widerstand gegen genozidale Praktiken und High-

tech-Krieg. Wehrpflicht, potenzielle Reiseverbote für junge Männer – der gesellschaftliche Diskurs wird mit Macht nach rechts gedrängt. Es braucht eine linke Antwort auf der Höhe der Zeit.

Phönix aus der Asche: Neugründung und Wiederaufstieg

Die blockierte Erneuerung führte zu einer existenziellen Krise der Partei, sie verlor in alle Richtungen Wähler*innen. Candeias plädierte für »eine Art disruptive Neugründung« der Partei (2023a), ohne Garantie des Gelingens. Ein Weiter-so hätte in die Bedeutungslosigkeit geführt. Ein Bruch musste her, ohne fortgesetzte Rücksicht auf das linkskonservative Spektrum um Sahra Wagenknecht. Zu lange hatte die Parteiführung nach 2021 auf Druck unterschiedlicher Kräfte und aus Angst vor einer Spaltung versucht zusammenzuhalten, was längst nicht mehr zusammenpasste (vor allem wenn ein Teil längst ein neues Parteiprojekt plant).

Ende Oktober 2024 sind Wagenknecht & Co aus der Linken ausgetreten. Von »linkskonservativ« bewegte sich das kurz darauf neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht rasch hin zu einer sozialkonservativen bis eklektizistischen »Anti-Establishment-Partei« – und lief damit »Gefahr, ideologisch zu heterogene Gruppen von Wähler*innen anzuziehen, als dass sie längerfristig an eine Partei gebunden werden könnten« (ausführlich dazu Braband/Candeias 2024, 14). Bald wurde deutlich, dass die Potenziale beider Parteien sich »weniger überschneiden würden als erwartet« (Candeias 2023b; Braband/Candeias 2024, 17)). Für Die Linke sollte der Austritt die Chance zu einer Neugründung werden. Er ermöglichte, »blockierte Richtungsentscheidungen aufzulösen und gesellschaftliche Widersprüche anders und in verbindender Perspektive anzugehen« (Candeias 2023a) – sofern die Partei den Ausbruch aus der medial-diskursiven Abwärtsspirale schaffen und eine längere Durststrecke überstehen würde.

Denn Die Linke war zunächst in einer Situation existenzieller Bedrohung. Die Partei verlor Mitglieder – nicht nur an das Wagenknecht-Projekt, auch weil für viele die Zukunft der Partei nicht mehr gesichert erschien. Im Europawahlkampf war die Partei in Teilen nicht mehr kampagnenfähig. Die Zuspitzung der medialen Debatte auf den Ukraine-Krieg – ein Feld, auf dem die Linken-Anhänger*innen gespalten sind und der Partei gleichzeitig so gut wie keine Kompetenz zugeschrieben wird – hat öffentliches Durchdringen erschwert. Es ist kaum gelungen, die eigenen Schwerpunkte von Reichtum umverteilen und Preise deckeln zu setzen. Wagenknecht hatte medial den Vorteil der »Neuen«, die Dynamik auf dem linken Feld schien eher bei ihr zu liegen – bis sich herumsprach, dass sie das nicht mehr als ihr Feld betrachtete.

Die Krise an sich war kein spezielles Problem der Partei Die Linke, sondern eines aller linken Parteien in Europa. Die linkspopulistischen Projekte von Podemos, La France insoumise u. a. sind ebenso an harte Grenzen gestoßen (oder gescheitert) wie die popularen Aufbrüche einer erneuerten Sozial-

demokratie unter Corbyn und Sanders (Letzterer konnte immerhin mit wichtigen Positionen die Politik Bidens nach links bewegen) oder eben die pluralen, »verbindenden« Linksparteien wie Izquierda Unida, Syriza oder auch die skandinavischen Schwesterparteien (Candeias 2021). Wie tragen wir gesellschaftliche Widersprüche so aus, dass sie nicht einfach reproduziert oder einseitig aufgelöst werden und damit spaltend wirken? Weder Vertreter*innen von Opposition noch von einer Linksregierung, weder von Reform- noch von traditionelleren klassenpolitischen oder sozialistischen Strategien konnten beanspruchen, das passende »Rezept« gefunden zu haben (vgl. Candeias 2018 in diesem Band).

Die Transformationen des Kapitalismus produzieren andauern neue Spaltungslinien, auch in der Klasse der Lohnabhängigen. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei wäre es, sie so zu bearbeiten, dass immer wieder konkrete verbindende Projekte und gemeinsame Interessen erkennbar werden können, ohne die Differenzen zu negieren. Eine Kultur »verbindender« innerparteilicher Debatte ist notwendig, in der Differenzen klar benannt werden, Kritik befördert wird, aber die Produktion des Gemeinsamen im Vordergrund steht.

Nach dem von Wagenknecht erklärten Bruch war Die Linke 2023 bereits in einer Post-Wagenknecht-Situation. Das ermöglicht, die gesellschaftlichen Widersprüche anders und in verbindender Perspektive anzugehen. Denn trotz schlechter Umfragen gab es laut einer Erhebung vom November 2023 immer noch ein Wähler*innenpotenzial von ca. 15 Prozent (Candeias 2023b) für eine sozial-ökologisch ausgerichtete, kapitalismuskritische und friedenspolitisch neu profilierte linke Partei mit sozialistischer Perspektive.

Mit der neuen Parteiführung von Jan van Aken und Ines Schwerdtner im Herbst 2024 und einer neuen Einigkeit mit der Fraktionsspitze (und der reichweitenstarken Heidi Reichinnek) verbesserte sich die Möglichkeit, eigene Punkte zu setzen. Die Mitgliedszahlen stiegen. Die Linke ist in veränderter Größenordnung zu Haustürbefragungen und -wahlkampf zurückgekehrt. Trotzdem bildete sich das Potenzial bis sechs Wochen vor der Bundestagswahl 2025 nicht in den Umfragen ab. Am 29. Januar stimmte Friedrich Merz erstmals mit Stimmen der AfD für mehr und härtere Zurückweisungen von Migrant*innen und Geflüchteten an den Grenzen. So entstand ein Momentum.

Die Linke war – nachdem die Grünen in der vorherigen Regierung die GEAS-Reformen[12] mitgetragen hatten – die deutlichste Stimme gegen die Gefahr von rechts und dagegen, dass die gesellschaftliche »Mitte« der AfD nach rechts entgegenschwimmt. Das teilte sich den jungen engagierten

12 Die GEAS-Reformen vereinheitlichten Asylverfahren in der EU (unter weiterer Absenkung von Standards), verschärften Grenzkontrollen, führten (verfassungsrechtlich bedenkliche) Schnellverfahren an Außengrenzen ein und schufen einen sogenannten Solidaritätsmechanismus zur Entlastung von Mitgliedstaaten mit hohen Einwanderungszahlen.

potenziellen Wähler*innen mit, das hat sich in der demokratischen Zivilgesellschaft verbreitet. Heidi Reichinneks »Auf die Barrikaden«-Rede hat dieses Momentum auf den Punkt gebracht. Verbunden mit der beherzten Kommunikation zu »Milliardäre abschaffen« und dem Schwerpunkt für ein »bezahlbares Leben« konnte Die Linke tatsächlich in der Wahl Milieus und Interessen verbinden, die in den Jahren zuvor auf unterschiedliche Parteien und Projekte verteilt waren (zu den Gründen des unerwarteten Erfolgs ausführlich Candeias 2025 in diesem Band oder auch Bax 2025).

Die stärkere Verankerung der Partei bleibt zentrale Aufgabe. Dies meint nicht nur, die vielen neu gewonnenen Mitglieder und Wähler*innen zu halten, sondern die eigene Klassenbasis sukzessive zu erweitern: Stabilisierung in den eher jungen, diversen, urbanen Teilen der Klasse, die vorrangig in Dienstleistungsbereichen arbeiten oder noch in Ausbildung sind, auch in den (queer)feministisch, antirassistisch und (post-)migrantisch, antifaschistisch und sozial-ökologisch orientierten Milieus, die von Grünen und SPD zur Linken (zurück-)gekommen sind. Zugleich gilt es, die Verankerung in den benachteiligten und prekären Teilen der Klasse zu erweitern, Nichtwähler*innen aufzusuchen, zu aktivieren, für gemeinsame Praxis zu gewinnen. Auch gilt es, nach und nach stärker in der industriellen Arbeiter*innenklasse Fuß zu fassen – die Krise der Industrie ist dabei Chance wie Risiko zugleich. Zu guter Letzt braucht es stabile linke Milieus in den städtischen Zentren, im Wissen, dass die Erfolge der Linken in den kleinen und großen Städten eine Stärke sind, dies aber nicht ausreichen wird, wenn es nicht gelingt, auch in der Fläche, in den peripheren Räumen stärker zu werden. Organisierung in den benachteiligten Teilen der Klasse, in der Industrie und auf »dem Land« sind keine Aufgaben, die schnell zu erfüllen sind – das braucht Zeit, einen Zehn-Jahres-Horizont –, aber die Partei hat die kritische Masse erreicht, um dies anzugehen.

Derzeit steht das Leitbild der »organisierenden Partei« im Vordergrund (vgl. Die Linke 2025), mit Fokus auf Organisieren. Ähnlich dem alten Konzept geht es um die konsequente Orientierung auf Machtaufbau und Verankerung v. a. in benachteiligten Vierteln, mit Schwerpunkten auf Mietendeckel und bezahlbarem Leben und mit Schritten Richtung industrieller Arbeiter*innenklasse, aber noch ohne die strategische Verknüpfung einer klassenpolitischen Neu-Orientierung, die auch die anderen Aspekte und Segmente der Klasse systematisch zusammendenkt. Angesichts der gesellschaftlichen Krisendynamik reicht eine Kombination von Sozialstaats-Partei plus Kümmern und Organisieren mit klarem Fokus (entlang der Mietenfrage), wie es u. a. in Anlehnung an die Praxis der KPÖ vorgeschlagen wird (vgl. Schwerdtner 2025), nicht aus. Es kann eine wichtige Grundlage schaffen, birgt aber zugleich die Gefahr der Verengung und fehlenden Orientierung angesichts der veränderten gesellschaftlichen Situation.

In dem Frühjahr, in dem dieser Band erscheint, rüstet die Regierung Merz zum größten Angriff auf den Sozialstaat in über 20 Jahren. Es ist bereits

abzusehen, dass die SPD als (Mit-)Regierungspartei und mit ihrer alten Linie, »das Schlimmste zu verhindern« und das Zweitschlimmste mitzutragen, weiter massenhaft an Zustimmung verlieren wird. Die AfD ist bereits zweitstärkste Partei, die bundesweit etwa ein Viertel der Wähler*innen erreicht.

Der »grüne Kapitalismus« als liberales Modernisierungsprojekt ist gescheitert, ein neuer Wachstumsschub durch ökologische Modernisierung nicht in Sicht (Candeias 2024; Becker 2024). Die Verbindung von autoritär-neoliberalen und neofaschistischen Kräften ist derzeit die größte Gefahr. Mit dem fulminanten Comeback der Partei Die Linke in Deutschland wird Hoffnung spürbar. Viele erkennen die Gefahr der Faschisierung. Gesellschaftliche Polarisierung ist nicht notwendigerweise das Gegenbild zur Faschisierung, sie kann auch damit einhergehen. Die Linke muss sich vorbereiten und neue Orientierungen anbieten. Entweder gelingt es, Bündnisse für ein popular-demokratisches und sozial-ökologisches Projekt zu schließen und Gegenmacht aufzubauen, oder es drohen autoritäre Brüche, die einem neuen Faschismus den Weg bereiten können.

Die Linke als verbindende Partei – das hieße heute, verbindende Partei eines sozialen Antifaschismus zu werden und die radikal-demokratischen, intersektionalen feministisch-antirassistischen und sozialistischen Kräfte darin zu stärken. Zugleich besteht die Gefahr, sich im Kampf »gegen rechts« aufzureiben. Ein liberaler Antifaschismus wird die Faschisierung nicht aufhalten können. Für Die Linke besteht die doppelte Gefahr, in Regierungen mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner »gegen die AfD« aufgerieben zu werden – oder durch schwarz-blaue Regierungen mit Angriffen auf die Zivilgesellschaft und massiver Repression und Gewalt gegen Linke und soziale Bewegungen konfrontiert zu sein. Der notwendige Kampf gegen die autoritär-neoliberale Entwicklung und Faschisierung darf nicht dazu führen, dass der Horizont linker Politik auf eine Verteidigung des Bestehenden zusammenschrumpft. Es braucht Allianzen zur Verteidigung und Ausweitung der Demokratie. Für den Kampf gegen neoliberale Faschisierung greift eine auf Wahlen verengte linkspopulistische Politik ebenso zu kurz wie eine reine Sozialstaats-Partei. Sozialer Antifaschismus muss diese Widersprüche aufnehmen, die Demokratie- mit der Klassenfrage neu verbinden (vgl. Becker 2025 in diesem Band).

Welchen Gebrauchswert hat die Partei für die von Prekarisierung bedrohten Teile der Klasse angesichts einer neuen Welle von Austeritätspolitik? Neben der Forderung nach bezahlbaren Mieten und Vergesellschaftung von Wohnen sind die Auseinandersetzungen um Rente, Gesundheit, Pflege angesichts der massiven Angriffe von Kapitalverbänden und Union auf die Sozialversicherung zentral. Perspektiven von »Infrastruktursozialismus« (der Begriff geht auf Joachim Hirschs soziale Infrastruktur zurück, vgl. Candeias/Fried u. a. 2020; Riexinger 2021) sowie einer sorgenden und solidarischen Wirtschaft und gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Care-

Ökonomie) könnten im Prozess hin zu einem neuen Programm mit konkreten kommunalen Perspektiven (wie Gesundheits- und Sorgezentren, Fried/Wischnewski 2024) und Kampagnen verbunden werden. Der Kampf um den Sozialstaat und eine demokratisch organisierte soziale Infrastruktur – soziale Garantien eines besseren Lebens für alle – wäre zu verbinden mit den Auseinandersetzungen um die Transformation der Arbeit angesichts der Krise des Exportmodells, KI und Digitalisierung. Auch die Perspektive von Arbeitszeitverkürzung, gerechter Verteilung und menschenwürdiger Organisation der Arbeit wird angesichts der Umbrüche und Krisen neue Relevanz erhalten. Hier kann die Partei an Ansätze aus der jüngeren Vergangenheit anknüpfen (Arbeit, die für ein gutes Leben reicht, und Arbeitszeiten, die zum Leben passen; vgl. Riexinger/Becker 2017; Becker 2025). Verbindende Klassenpolitik braucht eine Verbindung von (aktuellen) Kämpfen, Tagespolitik (etwa Widerstand gegen die Abschaffung des Acht-Stunden-Tages, gegen Armut durch steigende Pflegekosten, Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung und neoliberale Rentenreformen generell) und mittelfristigen Perspektiven.

Allerdings ist verbindende Klassenpolitik zu kurz gegriffen, wenn sie nur als möglichst sinnvolle Kombination von Themen, Forderungen oder Kampagnen verstanden wird.

Die spätneoliberale Krise und die Faschisierung führen auch zu einer Neuformierung von Kämpfen – hoffentlich. Die konkreten Verbindungen von sozialen, intersektionalen und radikal-demokratischen Elementen eines sozialistischen Antifaschismus müssen im Prozess, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Organisierungsprozessen der nächsten Jahre noch gefunden werden. In den USA entwickelt sich derzeit im Widerstand gegen Trump ansatzweise ein solcher dritter Pol (gegen MAGA und das neoliberale Establishment der Demokratischen Partei) und (in den demokratisch geprägten Städten) eine Alltagsorganisierung der Solidarität der *multi-racial* und *multi-gender working class* gegen ICE und strukturellen Rassismus, gegen die Zerstörung der Demokratie und für soziale Reformen. In Frankreich wird er um La France insoumise (LFI) und dynamische Widerstandsbewegungen gegen Macrons neoliberalen Autoritarismus und die rassistische Offensive der Rechten gebildet. Bei allen Beschränkungen bleibt diese Strategie eine der wenigen Hoffnungen, die es im Kampf gegen die spätneoliberale Krisendynamik und Faschisierung gibt.

Zu verbinden sind schließlich nicht nur Bevölkerungsgruppen und Teile der neuen Arbeiter*innenklasse. Die verbindende Partei war in der Vergangenheit gedacht als ein mögliches Scharnier für verschiedene Bewegungen und Organisationen, ohne zu erwarten, dass diese sich an Die Linke binden (können oder wollen). Sie sind in Gramscis Sinn Teil der gesellschaftlichen Partei, selbst wenn sie explizit anti- oder überparteilich sind. Die Angriffe der rechtsneoliberalen Regierung auf die demokratischen und vermittelnden Institutionen, auf Sozialverbände, Jugendhilfe, Kunst und Kultur arbeiten –

neben dem Angriff auf den Sozialstaat – der Aushöhlung der Demokratie und der Faschisierung zu. Die Gewerkschaften spüren, dass die SPD in der Regierung eine unzureichende Partnerin ist oder zumindest in einer strategischen Sackgasse steckt. Das Feld der gesellschaftlichen Gegenhegemonie muss sich neu formieren, um kampf- und durchsetzungsfähig zu werden und Isolation und Lähmung zu überwinden. Die Linke muss hier ihre Funktion und Rolle noch finden.

Noch ist die politische Form des Zueinanders von Partei und Bewegung in dieser Zeit der blockierten Transformation, von Faschisierung und autoritären spätneoliberalen Offensiven, begleitet von Klimakatstrophen und neuen Kriegen, nicht gefunden. Es braucht Geduld (angesichts von Prekarität, Ängsten, Erschöpfung und Verzweiflung), Zähigkeit und solidarische Zärtlichkeit in Aufbau und Organisierung und den Mut zum ökologisch-sozialistischen »Geist der Abspaltung«. Die verbindende Partei ist ein hilfreiches Bild für Prozesse der Neu-Formierung – ihre genaue Form ist das Produkt gesellschaftlicher Kämpfe und der neuen schöpferischen Kraft kooperativer, demokratischer Prozesse.

> »Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen,
> die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten
> Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern.
> Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.«
> Antonio Gramsci

Literatur

Bax, Daniel, 2025: *Die neue Lust auf links*, München

Becker, Lia, 2024: Deutschland am Kipppunkt. Blockierte Transformation, das Merz-Projekt und die Gefahr der Faschisierung, in: *LuXemburg*, H. 2, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/am-kipppunkt-becker

dies., 2025: *Zeit für die 4-Tage-Woche. Arbeitszeitverkürzung als linke Alternative zur neoliberalen Agenda*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, rosalux.de/news/id/53049/zeit-fuer-die-4-tage-woche

Becker, Lia, Mario Candeias, Janek Niggemann u. Anne Steckner (Hg.), 2013: *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*, 9. Aufl. 2026, Hamburg

Becker, Lia, u. Christina Kaindl, 2009: Widersprüche der Mosaik-Linken, in: *LuXemburg*, H. 1, 93–9

Becker, Lia, u. Sarah Nagel, 2021: Das grüne Projekt, in: *LuXemburg*, H. 1, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/das-gruene-projekt

Braband, Carsten, u. Mario Candeias, 2024: *Nach der Trennung. Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des »Bündnis Sahra Wagenknecht« im Parteiensystem*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, rosalux.de/publikation/id/51665/nach-der-trennung

Brangsch, Lutz, 2004: *Überlegungen zum Charakter von Einstiegsprojekten*, Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar »Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus«, Rio de Janeiro, Juni/Juli [unveröffentlicht]

Brie, Michael, 2007: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland, in: ders., C. Hildebrandt u. M. Meuche-Mäker (Hg.), *DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?*, Reihe Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 40, Berlin, 259–318, rosalux.de/publikation/id/987

Brie, Michael, u. Mario Candeias, 2012: Revolutionäre Realpolitik, in: *LuXemburg*, H. 3, 110–17, zeitschrift-luxemburg.de/abc/revolutionaere-realpolitik

Candeias, Mario, 2010: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *LuXemburg*, H. 1, 6–17

ders., 2013: Wo bitte geht's zum Winterpalast?, in: *LuXemburg*, H. 3, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wo-bitte-gehts-zum-winterpalast

ders., 2015: Nach dem Coup. Strategische Fragen in Zeiten blockierter Transformation, in: M. Brie, R. Reißig u. M. Thomas (Hg.), *Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs*, Münster u. a. 2016, 319–340

ders., 2016: Die verbindende Partei im Praxis-Test, in: *Prokla* 182, 153–166, prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/106

ders., 2017: Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: *LuXemburg* Spezial »Neue Klassenpolitik«, August, zeitschrift-luxemburg.de/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus

ders., 2018: Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hg.), *Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung*, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien Nr. 24, Berlin, 33–60

ders., 2022: *Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, rosalux.de/publikation/id/46565/eine-partei-mit-zukunft-die-linke

ders., 2023a: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums, in: *LuXemburg* online, August, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr

ders., 2023b: *Kaum Überschneidungen zwischen Wähler*innenpotenzial. Aktuelle repräsentative Umfrage zeigt Unterschiede zwischen der Partei DIE LINKE und BSW*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, rosalux.de/news/id/51251/kaum-ueberschneidungen-zwischen-waehlerinnenpotenzial

ders., 2024: *Hat Die Linke »die Arbeiter« verloren? Nein, eigentlich nicht. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, rosalux.de/publikation/id/51679/hat-die-linke-die-arbeiter-verloren-nein-eigentlich-nicht

ders., 2024b: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: M. Candeias u. L. Becker (Hg.), *Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 7–42, rosalux.de/publikation/id/52656/vom-horror-zur-hoffnung

Candeias, Mario, u. Barbara Fried, 2021: *Institut für Gesellschaftsanalyse – Wie weiter?*, Bericht für den Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, docs.google.com/viewerng/viewer?url=https://primary.jwwb.nl/plugin-documents/635a93c381d2b512eae5ecee6324edd5e140e9cc.docx bzw. mariocandeias.org

Candeias, Mario, Barbara Fried, Hannah Schurian, Eva Völpel u. Moritz Warnke, 2020: Reichtum des Öffentlichen. Infrastruktursozialismus oder: Warum kollektiver Konsum glücklich macht, in: *LuXemburg*, H. 3, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/reichtum-des-oeffentlichen

Candeias, Mario, u. Rainer Rilling, 2009: *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin, rosalux.de/publikation/id/1345/krise-neues-vom-finanzkapitalismus-und-seinem-staat

Castro Varela, María do Mar, Natascha Khakpour u. Jan Niggemann (Hg.), 2023: *Hegemonie bilden. Pädagogische Anschlüsse an Antonio Gramsci*, Weinheim

Demirović, Alex, 1997: *Hegemonie und Herrschaft*, Münster

Die Linke, 2025: *Wir sind die Hoffnung!*, Leitantrag, Beschluss des Bundesparteitages am 10.5.2025, Chemnitz, die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/leitantrag-wir-sind-die-hoffnung

Fried, Barbara, 2017: »Feminism is for everyone«. Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, in: *LuXemburg* Spezial »Neue Klassenpolitik«, September, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik

Fried, Barbara, u. Alex Wischnewski, 2024: Vom Leben her planen, in: *LuXemburg*, H. 1, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/vom-leben-her-planen

Haug, Frigga, 2010: Köchin, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7/II, hg. v. W. F. Haug u. a., Hamburg, 1077–1096

Institut für Gesellschaftsanalyse & Friends, 2020: Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik?, in: *LuXemburg* online, April, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/ein-gelegenheitsfenster-fuer-linke-politik-wie-weiter-in-und-nach-der-corona-krise

Kaindl, Christina, 2009: Extreme Rechte in der Krise – Kämpfe ums Subjekt, in: *Prokla* 157, 577–87

Kaindl, Christina, u. Sarah Nagel, 2019: … da, wo es brennt. Die LINKE als organisierende Partei vor Ort, in: *LuXemburg*, H. 2, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/da-wo-es-brennt

Kipping, Katja, u. Bernd Riexinger, 2013: *Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE*

LuXemburg, 2015: *Griechenland-Special*, mit Beiträgen von Nasos Iliopoulos, Elena Papadopoulou u. Michalis Spourdalakis, Panagiotis Sotiris, Hilary Wainwright u. v. a., August, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/europaeischer-fruehling

Maruschke, Robert, 2014: *Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Eine kritische Einführung*, Münster, rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Klassen_und_Sozialstruktur/Maruschke_Robert_2014_Kap6.pdf

ders., 2019: *Linkes Organizing. Interviews und Arbeitsmaterialien*, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rosalux.de/publikation/id/41297/linkes-organizing

Riexinger, Bernd, 2013: Demokratisierung von Streiks. Revitalisierung der Gewerkschaftsarbeit, Rede auf der Konferenz »Erneuerung durch Streik« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1.–3.3.2013 in Stuttgart, Berlin, rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_Riexinger_zu_Demokratisierung.pdf

ders., 2018: *Neue Klassenpolitik – Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen*, Hamburg

ders., 2020: *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial-und klimagerechte Zukunft gewinnen können*, Hamburg

Riexinger, Bernd, u. Lia Becker, 2017: For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: *Sozialismus*, H. 9, Supplement, sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Supplements/Sozialismus_Supplement_2017_09_Riexinger_Becker_NAV.pdf

Riexinger, Bernd, u. Werner Sauerborn, 2004: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle, in: *Sozialismus*, H. 10, Supplement, 1–40

Schwerdtner, Ines, 2025: Wohin steuert die neue Linke?, in: *Jacobin*, Mai, jacobin.de/artikel/linke-parteiaufbau-ines-schwerdtner

Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5, 71–78

ders., 2010: Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht, in: *LuXemburg*, H. 1, zeitschrift-luxemburg.de/artikel/lob-der-kapitalismuskritik-warum-der-kapitalismus-eine-starke-mosaik-linke-braucht

Williams, Steve, 2013: *Fordert alles. Lehren aus dem Transformativen Organizing*, hg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/williams_transformatives_organizing_mrz13.pdf